

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

94. Jahrgang, Nr. 2

Februar 2012

Eigenverlag „Wilhelm Pieck“
Redaktion und Vertrieb
10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1
Tel.: 030-9821930, Fax: 030-97896669

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)

Einzelpreis: 1,80 Euro
Jahres-Abonnement: 25,00 Euro
Förder-Abonnement: 35,00 Euro

Aus dem Inhalt

Blockieren, bis der Naziaufmarsch in Dresden Geschichte ist	Seite 2
Kollektivschuld – Verleumdung, Demagogie, Delegitimierung	Seite 3
„Arabisches Frühlingserwachen“ – imperialistisch benutzt und ausgebeutet	Seite 4
Vom unklaren Nutzen des gerupften Wullfs	Seite 5
Dresden Nazifrei	Seite 6
Wie der Sozialdemokrat Giuseppe Saragat 1947 in Italien die antifaschistische Einheitsregierung zu Fall brachte	Seite 7
Gedanken zum Monat Februar	Seite 8

Das Leugnen rechtsterroristischer Strukturen ... und was man aus dem Versagen des Verfassungsschutzes machen kann

Die Verfassungsschützer aus Köln-Pullach und ihre Kollegen in den diversen Landesämtern – besonders die in Sachsen und Thüringen – mußten ein paar unschöne Wochen mit „schlechter Presse“ erleben, als sich herausstellte: Einer neofaschistischen Truppe mit dem Kampfnamen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) war es gelungen, unter dem angeblich so wachsamen Augen der Verfassungshüter, verteilt über den unglaublichen Zeitraum von 13 Jahren, unbehelligt mindestens zehn Morde, einen Bombenanschlag und eine Reihe von Banküberfällen zu begehen.

Selbst die bürgerliche Presse, die über Jahre hinweg die Mordserie mit der genüßlich-voyeristischen Bezeichnung „Dönermord“ journalistisch begleitete, wurde kritisch: Wie war es möglich, daß zwischen den Morden an neun Migranten und einer Polizistin keine Zusammenhänge erkannt wurden? – In der medialen Reaktion gab sich die Politik angemessen irritiert und betroffen, grenzte sich sogar von der krypto-faschistischen Vokabel „Dönermord“ ab und bemühte sich salbungsvoll und wortreich, jetzt sozusagen „hinter den Opfern Menschen zu sehen“. Betroffenheitskultur als Reaktion auf politisches Versagen – diese Übung kennen wir schon aus anderen Zusammenhängen.

Vergleichsweise schnell wurden jedenfalls bei der sogenannten „Aufarbeitung“ der ersten nicht mehr zu leugnenden Fahndungsspannen dann zahlreiche schwere Versäumnisse bekannt, die den Verfassungsschützern, dem Bundeskriminalamt und den diversen Polizeibehörden bei der Suche nach den Mördern unterlaufen waren. Dabei kann man sich als unbedarfter Beobachter allerdings kaum vorstellen, daß die inzwischen teilweise eingestandenen Fehler aus Oberflächlichkeit oder schierer Inkompetenz passiert sind. Wer weiß?

Es ist jedenfalls unbestritten, daß die Täter Zschäpe, Mundlos und Bönhardt in der rechtsradikalen Szene gut bekannt waren. Die drei NSU-Mitglieder unterhielten während der langen 13 Jahre nachweislich Kontakte mit verschiedensten Organisationen und Einzelpersonen aus dem neofaschistischen Umfeld – eben gerade solchen Organisationen und Einzelpersonen, die ihrerseits unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. In deren Dunstkreis auftretende Mörder hätten den Fahndern auffallen können und müssen, denkt der geheimdienstlich-polizeitechnisch unbewanderte Laie. Fragwürdige „Highlights“ waren die nachgewiesene Teilnahme Zschäpes auf mehreren NPD-Veranstaltungen im Jahre 2004 und die Teilnahme der drei Genannten an einer Versammlung der „Freien Nationalisten“ in Erfurt im Jahre 2009.

Um es auf einen einfachen Nenner zu bringen: Die Verbrecher hatten also über die gesamten 13 Jahre ihrer Untergrundexistenz hinweg offensichtlich systematischen Kontakt zur sogenannten „legalen“ faschistischen Szene, die gleichwohl unter staatlicher Beobachtung stand. Warum handelte man nicht? Viele Worte mit „V“ fallen einem dazu ein: Vergeßlichkeit, Verpeilung, Verdrängung, Versagen ... – Vertuschung ist auch so ein V-Wort, das man, wie manche Kritiker sagen, in die Reihe aufzunehmen sollte.

Letzteres steht in engem Zusammenhang zum V-Wort „Verbindungsperson“. Verbindungspersonen haben nämlich offensichtlich ihre Finger im mörderischen Spiel der NSU gehabt – und nicht nur ihre Augen und Ohren. Es wird sogar darüber nachgedacht, in welchem Verhältnis V-Leute zu den Helfershelfern des Mördertrios am jeweiligen Ort des Verbrechens gestanden haben könnten. Auszugehen sei in jedem Fall von Geldzahlungen, die über V-Leute vom Verfassungsschutz an die hardcore-Faschisten geflossen sind. Ein weiterer irritierender Punkt kommt hinzu: Detaillierte Aufzeichnungen über die Verbrechen der Zwickauer Zelle wurden in deren abgebrannten Haus gefunden – Wer bewahrt solches Belastungsmaterial auf, der nicht halbwegs sicher sein kann, daß mit einer unangemeldeten Hausdurchsuchung

nicht zu rechnen ist? Und erinnern wir uns: Das erste NPD-Verbotsverfahren ist im Jahre 2003 maßgeblich daran gescheitert, daß zahlreiche Verbindungspersonen der Ämter als NPD-Kader fungierten.

Verbindungspersonen des Verfassungsschutzes in neofaschistischen Gruppen haben in der BRD übrigens eine lange Tradition, die bis in die 60er Jahre zurückreicht. Auf bewährte Traditionen baut man halt gern in Staatsschutzkreisen; immerhin wurden schon sehr früh nach seiner Gründung im Jahre 1950 eine ganze Reihe „Sicherheitsfachleute“ des Dritten Reiches unmittelbar in den Dienst des Bundesamtes für den Verfassungsschutz übernommen – und zwar durchaus in hochrangige Positionen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Insgesamt ergibt sich hier eine sehr unguete Verknüpfung: Unerkannte Zusammenhänge zwischen Gewaltverbrechen, die über Jahre hinweg mit Süffisanz in ein „migrationsbelastetes Kriminalitätsfeld“ hineingedichtet werden können und mit denen ausländerfeindliche Stereotypen bedient werden können, sind das eine Element. Verstrickungen staatlicher Stellen – insbesondere solcher aus dem Umfeld von Polizeibehörden und Inlandsgeheimdienst – mit legal und illegal operierenden neofaschistischen Organisationen und Einzelpersonen sind das andere Element.

Jetzt kommt allerdings ein drittes Element hinzu. Es ist nämlich schon erstaunlich, wie schnell die Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU auf die schwere Blamage des staatlichen Schutzapparates mit geradezu zwingender antikommunistischer Logik reagierten. Der Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, fordert neben dem Verbotsverfahren für die NPD auch die Überprüfung der Linkspartei. Die juristische Taktik ist dabei vergleichsweise perfide: Wenn das Grundgesetz (speziell der Artikel 21) geändert wird, dann könnten bei einem Verbotsverfahren eine Auszahlung von Zuschüssen an solche Parteien unterbunden werden, die unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Pikanterweise unterliegt ein solcher Verfahrensschritt der Kontrolle durch den Bundespräsidenten, von dem man glauben sollte, daß er derzeit ganz andere Sorgen hat. Aber sei's drum: Der Vorschlag zielt natürlich darauf ab, jetzt Stimmung gegen die Partei Die Linke zu machen – also diejenige Partei im Bundestag, die am deutlichsten Antikriegspolitik betreibt und der man bei allen Vorbehalten, die man als Kommunist gegen sie haben wird, eine vorsichtig-systemkritische Position zubilligen darf. Ins Bild paßt auch die jetzt bekannt gewordene Tatsache, daß der Verfassungsschutz die Partei Die Linke schon länger sehr viel intensiver beobachtet als bisher angenommen: Ein gutes Drittel der Mitglieder der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke darf sich der besonderen Aufmerksamkeit durch den Verfassungsschutz erfreuen.

Ich wiederhole mich: Dies paßt ins Bild. Das System sieht den Feind und die Bedrohung erst einmal per definitionem auf der linken Seite. Das ist nicht neu. Wenn es dann zum Skandal kommt und die offensichtliche und faktische Bedrohung von der rechten Seite nicht mehr zu verharmlosen oder gar zu leugnen ist, dann wird die totalitaristische Büchse der Pandora eröffnet. Da bekommt auf der ersten Eskalationsstufe der wehrhaften Demokratie das Aussteigerprogramm für Neofaschisten ein Geschwisterpärchen: ein Aussteigerprogramm für islamistische Fundamentalisten und ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten (wie auch immer man die definiert – vielleicht sollten Gysi und Löttsch mal einen Anruf bei der passenden Hotline machen?). In der zweiten Eskalationsstufe werden die Instrumentarien des staatlichen Überwachungsapparates – perfiderweise unter Bezug auf die Drohung von rechts – verstärkt auf die fortschrittlichen und emanzipatorischen Kräfte der Linken gerichtet. Besonders ausgekostet: Zum Einsatz kommen diese Instrumente verstärkt bei der Verfolgung antifaschistischer und

antimilitaristischer Kräfte. Einen Vorgeschmack darauf hat die Republik im Februar 2011 in Dresden erlebt: Über eine Millionen Handydaten werden ausgewertet, ein Sonder-Einsatzkommando der Polizei (SEK) stürmt die Geschäftsräume der Partei Die Linke, die als Koordinationsbüro für die antifaschistischen Demonstrationen dient, gegen eine Pfarrer in Jena wird wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt, weil er zur Demonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden aufgerufen hat ... die zahlreichen Strafverfahren, die gegen Demonstranten eingeleitet wurden seien auch noch erwähnt. Kurzum: Wenn es gegen links geht, dann steht der Staatsapparat Gewehr bei Fuß, geht es gegen rechts, dann passieren Pleiten, Pech und Pannen am laufenden Band. Ich sagte schon: Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Was bleibt? – Offensichtlich hat der Staatsschutz im Falle der Zwickauer Rechtsterroristen versagt. Das Versagen hat eine Vorgeschichte, und zwar eine politisch-ideologische. Noch im Verfassungsschutzbericht für 2010 heißt es wörtlich: „Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar. Rechtsextremistische Gewalt wird überwiegend spontan begangen. Häufig sind es Situationen, in denen oder anlässlich derer Rechtsextremisten – einzeln oder in kleinen Gruppen – auf Personen treffen, die dem typischen rechtsextremistischen Feindbild entsprechen.“ (Seite 57) ... Aus diesem Satz blickt der Geist des Unworts „Dönermord“.

Und das System erkennt: Wenn nun schon zugegeben werden muß, daß es „rechtsterroristische Strukturen“ gibt, dann machen wir daraus eine Allzweck-Waffe. Wir benutzen die faktische Existenz der Gefahr von rechts dazu, um unser Herrschafts-Instrumentarium noch ungenierter gegen die (vorgebliche) Gefahr von links einzusetzen.

Staatliche Kontrolle – einschließlich Handydaten-Auswertung, Vorratsdaten-Speicherung, Bundestrojaner – kann noch ungehemmter als zwingende Notwendigkeit „verargumentiert“ werden; und der „Skandal“ läßt sich gleichzeitig genutzt dazu benutzen, umfassende Parteienverbote anzustreben und die Beobachtung von gewählten Parlamentariern durch den Staatsschutz zu legitimieren. So wird aus der Blamage am Ende noch eine Waffe.

Ich frage mich, ob diese heimtückische Strategie aufgeht. Nach außen hin üben sich die bürgerlichen Parteien im Bemühen um „Transparenz“ – auch so ein Unwort dieser Tage: Alle fünf Fraktionen im Bundestag haben sich darauf geeinigt, noch im Januar einen Untersuchungsausschuß zu den Fahndungsspannen sowie eine Bund-Länder-Kommission einzurichten. Parallel dazu formen die Mächtigen die fatalen Ergebnisse der (bewußten oder unbewußten) Fehleinschätzung zu einer Waffe, mit der sich auch die kritisch-fortschrittlichen Kräfte einschüchtern und verfolgen können. Der gemeinsame Nenner ist die Totalitarismustheorie. Und die Totalitarismustheorie ist eine der Ausgebirten des Antikommunismus.

Es ist zu hoffen, daß die Bürgerinnen und Bürger nicht auf die durchschaubaren Manöver eines Staates hereinflallen, der seine Ignoranz im Umgang mit Faschisten jetzt durch plumpe Antikommunismus zu relativieren versucht.

Faschismus ist keine Weltanschauung, Faschismus ist ein Verbrechen!

NPD-Verbot und Verbot aller faschistischen Organisationen und Verbände – jetzt!

62. Jahrestag der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit

Von der ersten Stunde seiner Existenz an lenkte das MfS den gebündelten Klassenhaß jener im Westen auf sich, die ihre Pfründe, Privilegien und Profite im Osten verloren hatten. Der Klassenfeind nutzte jeden Spalt und jede Chance zum Eindringen in die DDR. Sein oberstes Ziel war klar definiert: totale Auslöschung der DDR, politisch-moralische Vernichtung aller ihrer Träger.



Für die rüde Hetze der Massenmedien gegen die „Stasi“ haben wir aus den genannten Gründen durchaus Verständnis. Sich den ganz besonderen Haß des Kapitals und der Gutsbesitzer sowie deren Staates verdient zu haben, ist ein Ruhmesblatt für das MfS. Der Jahrestag der Bildung des MfS ist wieder ein Anlaß für die Massenmedien mit neuen „Erkenntnissen“ aufzuwarten. Das MfS habe Pässe der Alt-BRD-Bürger beim Grenzübergang fotografiert und zu Fälschungen benutzt, um damit Spione auszürüsten. Eigenartig, daß man nur der DDR solche Methoden anlastet, wo das doch zum täglichen Handwerk der kapitalistischen Geheimdienste und Polizei gehört, dabei werden Verbrechen gegen die DDR verschwiegen.

21 Jahre nach der Konterrevolution ist es dem deutschen Imperialismus nicht gelungen, trotz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel, die DDR allumfassend in Verruf zu bringen. Selbst das Schlagwort „Unrechtsstaat“ ist in seiner Wirkung schwach geworden. Deshalb muß immer wieder die „Stasi-Keule“ geschwungen werden. Auch gibt es Gerüchte, daß die Bundesregierung DDR-Sybole zu verbieten plant.

Vielen Menschen ist bewußt geworden, daß sie mit dem Anschluß an die Alt-BRD Betrug, Korruption, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Sozialabbau, Mord, Totschlag, Kindesmißbrauch und Angst um die eigene Sicherheit eingetauscht haben. Wenn die Gauck, Knabe und andere selbst ernannte „Historiker“ um sich schlagen, dann ist das nur normal. Auch über die weichgeklopften und angepaßten Karriere-Ritter, die seit 1989 „Schaden vom eigenen Haus“ abwenden wollten, indem sie die Genossen des MfS im Regen stehen ließen und als Blitzableiter benutzten, braucht man sich nicht zu wundern. Sie haben die Mitarbeiter des MfS dem Gegner auf einem silbernen Tablett präsentiert. Das Einstimmen gewisser Führungskräfte der Partei Die Linke in den Chor der Stasi-Verleumder kann sie nur selbst diskreditieren. Die bewußten ehemaligen Mitarbeiter des MfS trotzten der trüben Flut aus den Kanälen des Klassenfeindes, gemeinsam mit Kommunisten und Sympathisanten linksgerichteter Verbände und Organisationen.

Wilhelm Deistel



Kommuniqué der 2. Tagung des Zentralkomitees der KPD am 28. Januar 2012 in Berlin

Das Zentralkomitee der KPD beschäftigte sich in seiner 2. Tagung mit ersten Schritten zur Umsetzung der Beschlüsse des 27. Parteitag.

In Einschätzung der aktuellen politischen Lage wurde durch den Vorsitzenden sowie in der Diskussion festgestellt, daß die populistischen Maßnahmen der Bundesregierung zur „Aufarbeitung“ der Pannen um die rechtsterroristische Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ als Vorwand für schärfere Maßnahmen gegen linke Bewegungen und Personen genutzt werden. Einerseits wird zu mehr Zivilcourage gegen Nazis aufgerufen und gleichzeitig werden Initiatoren von Aktionen mit Zivilcourage von staatlichen Behörden verfolgt.

Breiten Raum nahm die Vorbereitung des bundesweiten Treffens von Kommunisten am 9. Juni 2012 ein. Das ZK beriet die Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des Treffens und verabschiedete den Text der Einladung zu diesem Treffen (siehe rechts nebenstehend). Im Ergebnis der Diskussion bestand Übereinstimmung, einen möglichst breiten Kreis von Teilnehmern einzuladen.

In der Beratung wurden die Kommissionen des ZK und die Redaktion der „Die Rote Fahne“ berufen. Ebenso wurde der Arbeitsplan des ZK überarbeitet und bestätigt. Als Schwerpunkte im Jahr 2012 wurden außer dem bundesweiten Treffen von Kommunisten, die Würdigung des 100. Geburtstages von Kim Il Sung, die Teilnahme am antifaschistischen Riesengebirgstreffen in Mala Upa (90. Jahrestag), die Würdigung des 100. Geburtstages von Erich Honecker und das nächste Jugendtreffen der KPD herausgearbeitet.

Die Arbeit im Antifaschistischen Komitee gegen Krieg und Sozialraub wird als konstruktiv eingeschätzt und muß unbedingt fortgeführt werden.

Die Regelungen zur Mitgliedererfassung und zur Ehrung von Genossen anlässlich von Geburtstagen und langjähriger Parteizugehörigkeit wurden bestätigt.

In Auswertung der Aktivitäten zur Rosa-Luxemburg-Konferenz und zur LLL-Demonstration wurde den Genossen der Landesorganisationen Berlin sowie Thüringen besonderer Dank ausgesprochen.

Rückkehr der Machtfrage

Berliner Regierungsberater stellen die grundsätzliche außenpolitische Orientierung Deutschlands zur Debatte. Gegenwärtig kehre „die Machtfrage“ zurück, urteilte der Autor eines Beitrags in der einflussreichen Zeitschrift „Internationale Politik“. Hintergrund seien die weltpolitischen Umbrüche, zu denen sich die BRD aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Stärke positionieren müsse – der Aufstieg Chinas und die durch ihn motivierte Hinwendung der USA zum Pazifik, aber auch die ernsten Krisen auf beiden Seiten des Atlantik, die Zweifel daran weckten, ob die USA ihre erdrückende militärische Stärke auch in Zukunft finanzieren könnten und ob die EU dauerhaft Bestand haben werde. Angesichts der Lage müsse Berlin entscheiden, was es künftig vom Bündnis mit Washington und von der sogenannten europäischen Integration erwarte und wer in der EU das Sagen haben soll. Zunehmend diskutiert wird ebenfalls eine „nationale Option“; der „deutsche Weg“. Berlin könne sich bei seiner globalen Machtpolitik auch für einen Mix aus transatlantischem Pakt, Europa und Alleingang entscheiden.

Die Wahl der Mittel

Berlin und Washington beantworteten die jüngsten Hinweise auf einen drohenden Putsch in Pakistan mit intensiven Absprachen über eine gemeinsame Politik gegenüber dem Land. In Islamabad ist zu hören, das ohnehin mächtige Militär wolle mit Blick auf den angekündigten Rückzug des Westens aus Afghanistan die Zügel straffer in die Hand nehmen, um seinen Einfluß im Nachbarland auszuweiten. Außerdem seien die Generäle nicht länger bereit, widerstandslos die kontinuierliche Verletzung der pakistanischen Souveränität durch US-Droh-Attacken sowie Luftangriffe der NATO hinzunehmen. Auf lange Sicht könnten sich die Streitkräfte des Landes, die schon eng mit China kooperieren, vom Westen abwenden und ein Bündnis mit Peking eingehen, ist in Berlin zu hören. Während die USA die EU und insbesondere Deutschland drängen, die Souveränitätsverletzungen in Islamabad vermittelnd abzufedern, warnen einflussreiche deutsche Politiker vor einem Überreizen der US-Operationen in Pakistan. Man solle die Zusammenarbeit auf den Feldern der Wirtschaft und der Bildung intensivieren. Anders sei der westliche Einfluß in dem Land nicht zu sichern.

Infos: german-foreign-policy

Einladung zum bundesweiten Treffen von Kommunisten am 9. Juni 2012 in Berlin

Mitglieder kommunistischer Parteien, Mitglieder in Organisationen, die sich der Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten zum Ziele setzten, Angehörige in der Partei Die Linke, in linken Organisationen und Vereinen sowie Nichtorganisierte, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen und mit uns in den nachstehenden, in sechs Punkten zusammengefaßten, marxistisch-leninistischen Grundauffassungen übereinstimmen, sind zu dem Treffen

**am 9. Juni 2012 um 10.00 Uhr,
in 10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1,
herzlich eingeladen.**

1. Das Ziel des Sozialismus/Kommunismus kann nur auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, dem Marxismus Leninismus, erreicht werden.
2. Die revolutionäre Erlangung der Macht der Arbeiterklasse und Errichtung der Diktatur des Proletariats (natürlich im Bündnis mit anderen nichtkapitalistischen Klassen und Schichten), der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit.
3. Die Vergesellschaftung des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln.
4. Fester Bestandteil der kommunistischen und Arbeiterparteien ist der proletarische Internationalismus.
5. Die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse und ihrer natürlichen Verbündeten in allen sozialistischen Ländern. Die DDR war das Beste, was die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse in ihrer bisherigen Geschichte erreicht hatte.
6. Hauptursache für die Zerstörung und Beseitigung des Sozialismus auf deutschem Boden war der Revisionismus und Opportunismus. Deshalb führt die KPD einen konsequenten Kampf gegen Revisionismus, Opportunismus und seine Hauptform, den Antistalinismus.

Auf dem Treffen sollen weitere Schritte zum einheitlichen Handeln von Kommunisten zur weiteren Formierung einer kommunistischen Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage beraten werden.

Mitteilung über die individuelle Teilnahme bzw. über die Anzahl der Teilnehmer aus den einzelnen Organisationen/Strukturen an das ZK der KPD:

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon 030/98 21930,
Telefax 030/97 89 66 69. E-Mail: info.drf@k-p-d.org

ZK der KPD

Auf dem 27. Parteitag gewählte leitende Organe

Vorsitzender der KPD:

Stellvertretender Vorsitzender der KPD:

Mitglieder des Zentralkomitees:



Mitglieder des Sekretariats des ZK:

Pressesprecher der KPD:

Vorsitzender der Zentralen Kontroll- und Schiedskommission:

Vorsitzende der Zentralen Finanzrevisionskommission:

Dieter Rolle

Torsten Schöwitz

Wilhelm Deistel

Andre Drzewicki

Alfred Fritz

Hannes Gelenk

Iris Harnack

Jürg Hebestreit

Michael Junghans

Jörg Lorenz

Arthur Müller

Inge Müller

Cornelia Noack

Lothar Piechowski

Dieter Rolle

Werner Schleese

Axel Schmidt

Jüger Schneider

Torsten Schöwitz

Dieter Rolle

Torsten Schöwitz

Iris Harnack

Jürg Hebestreit

Inge Müller

Werner Schleese

Günther Schulze

Astrid Hensel

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

*auch in diesem Jahr ruft das Bündnis
Dresden Nazifrei auf: Blockieren,
bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!*

Bereits 2010 und 2011 ist es gelungen, mit Hilfe einer massiven, spektrenübergreifenden und entschlossenen Mobilisierung, den größten Aufmarsch der Neonazis in Europa zu stoppen.

Die Enthüllung der Mordserie der Zwickauer Naziterroristen, die in Zusammenarbeit mit der NPD – gedeckt von den Aktivitäten des Verfassungsschutz – mindestens zehn Menschen umbringen konnten, wirft ein grelles Licht auf die Bedrohung durch den Neofaschismus. Auch in meiner Heimatstadt Hannover sind mittlerweile drei Adressen bekannt geworden, die unter den 88 Zielen auf der Zwickauer Todeslisten standen. Trotzdem kann die hannoversche Unterstützerguppe der Neofaschisten „Besseres Hannover“ weiterhin im Internet unbehelligt zu rassistischer Gewalt aufrufen!

2012 muß ein Jahr der massenhaften und entschlossenen Mobilisierung gegen Rechts werden – die Verhinderung des Hauptaufmarsches der Faschisten in Dresden am 18. Februar bildet den Schlüssel zum Erfolg, die rechte Gefahr zurückzudrängen.

Allein das Bündnis „Dresden Nazifrei Hannover“ plant am 18. Februar 2012 sieben Busse zur Demonstration gegen die Nazis nach Dresden zu schicken; zwei davon werden von der LINKEN organisiert: einer von meinem Wahlkreisbüro, einer vom Kreisverband Hannover. Auf der Autobahn werden wir uns mit vielen weiteren Bussen aus ganz Niedersachsen und Norddeutschland zu einem großen Konvoi zusammenschließen. Fünf solcher Konvois werden aus allen Himmelsrichtungen Dresden ansteuern und gemeinsam mit ihren Bewohnern die Stadt für die Nazis dicht machen.

Als Bundestagsabgeordnete der LINKEN möchte ich mit dieser E-Mail den Aufruf unserer Bundespartei unterstützen und alle GenossInnen in Niedersachsen bitten, sich aktiv an der Kampagne „Dresden Nazifrei 2012“ zu beteiligen!



Als Mitglied der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten unterstütze ich darüber hinaus die Kampagne der VVN-BdA für ein Verbot der NPD – no npd – und die Forderung nach Auflösung des Verfassungsschutzes:

1. Die bundesweite Mordserie zeigt, daß der Inlandsverfassungsschutz selbst außerhalb des Grundgesetzes steht. Seine Aktivitäten haben nicht zur Verhinderung der Verbrechen beigetragen, sondern sie ermöglicht. Die Mitglieder faschistischer Organisationen dürfen nicht als Verfassungsschützer beschäftigt und von Staatsgeldern bezahlt werden. Der Inlandsverfassungsschutz ist selbst zu einer Gefahr für die Demokratie geworden und muß aufgelöst werden.
2. Faschistische Gewalttaten müssen strafrechtlich verfolgt werden. Eine Behinderung der Aufklärung von Straftaten darf nicht länger möglich sein.
3. Antifaschistische Demonstrationen unterstützen die Demokratie, Antifaschistinnen und Antifaschisten dürfen nicht länger abgehört und polizeilicher Gewalt ausgesetzt werden.
4. Neofaschistisches Gedankengut ist keine schutzwürdige Meinung, sondern ein Verbrechen. Die Lehre aus dem deutschen Faschismus lautet „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“ und verpflichtet uns zu einer friedlichen Politik nach innen und außen.
5. Ein Verbotsgesetz schafft Bewußtsein! Die NPD nutzt das Parteienprivileg, um die gewalttätigen Aktionen der Neonazibewegung zu bewerben.
6. Die wesentliche Mobilisierung gegen den Naziterror auf der Straße muß daher von der Politik durch ein Verbot aller faschistischen Organisationen – insbesondere der NPD – unterstützt werden.

Eure Heidrun Dittrich

Demonstration gegen das sächsische Demokratieverständnis und die Kriminalisierung von Antifaschismus am 17. Februar 2012 in Dresden am Albertplatz (Gedenkstein für Jorge Gomondai)

Jahrelang konnte ein Netzwerk von Nazis Menschen ermorden und mitten in Deutschland untertauchen.

Die zuständigen Ermittlungsbehörden waren nicht fähig oder willens, diese Mordserie als das einzustufen, was sie ist: rassistisch motiviert. Stattdessen wurde den Opfern selbst die Schuld zugeschoben, sie sei in kriminelle Machenschaften verwickelt gewesen. In Anbetracht der zahlreichen Verstrickungen zwischen Sicherheitsbehörden und Naziszene kann überdies gar von einer aktiven Unterstützung der Nazis durch den Staat gesprochen werden.

In der Öffentlichkeit riefen die Morde moralische Empörung hervor. Diese erschöpfte sich in Konzerten, Menschenketten und Erklärungen gegen Rechts – die Rolle staatlicher Behörden wurde dabei nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Daß diese per se unfähig und untätig sind, zeigt sich an ihrem eifrigen Engagement gegen



AntifaschistInnen. Die ersten Urteile gegen die BlockierendeInnen des Naziaufmarschs am 19. Februar 2011 werden gefällt, groß angelegte Hausdurchsuchungen gegen Linke durchgeführt und fadenscheinige kriminelle Vereinigungen konstruiert.

Projekte gegen Nazis müssen sogenannte „Demokratielause“ unterschreiben und tausende Telefondaten von vermeintlichen NazigegnerInnen werden gespeichert und ausgewertet, und gegen wen in die Planung befindliche „Extremisten-Datei“ eingesetzt wird, dürfte bereits klar sein. Während Nazis also vom Staat hofiert werden, wird jegliches Engagement gegen Nazis außerhalb staatlicher Behörden kriminalisiert. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Verfassungsschutzämter. Ein konsequenter Antifaschismus, im Zweifel gegen den Willen staatlicher Stellen, muß die Antwort sein.

Bündnis antisächsischer ExtremistInnen

Kollektivschuld – Verleumdung, Demagogie, Delegitimierung

Wer meint, alles was mit dem Wort „kollektiv“ verbunden ist, müsse zwangsläufig aus der Zeit der DDR stammen, befindet sich im Irrtum. Auch in der Bundesrepublik kannte und kennt man diesen Begriff, insbesondere im Zusammenhang mit der Schuldfrage. An Stelle ausschweifender theoretischer Betrachtungen zitiere ich Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der dieses Thema mit einem Satz auf den Punkt bringt: „Schuld ist wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.“ Nachzulesen in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (nicht der Befreiung) vom 8. Mai 1985. Es ging hier um die Schuld der Deutschen an den Verbrechen des Faschismus.

In ähnlicher Weise äußerte sich Bundespräsident Roman Herzog am 19. Januar 1996 bei seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag aus Anlaß des Gedenken für die Opfer des Faschismus: „Dieses Gedenken ist nicht als ein in die Zukunft wirkendes Schuldbekanntnis gemeint. Schuld ist immer höchstpersönlich, ebenso wie die Vergebung. Sie vererbt sich nicht.“

Annähernd zweieinhalb Jahre später sprach selbiger Bundespräsident am 23. Juni 1998 auf dem Bürgerrechtler-Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung in Leipzig. Dort war zu hören: „Natürlich stellt sich heute wieder die Frage, wie mit wirklichen Verstrickungen konkret umzugehen ist. Ich rede jetzt nicht von Haupttätern im juristischen Sinne, sondern von denjenigen, die in der SED, in gesellschaftlichen Organisationen oder staatlichen Institutionen dem System nahestanden und ihm dienten. Ich plädiere dafür, über diese Gruppe nicht kollektiv den Stab zu brechen! ...“

Mit anderen Worten, die Methode der Zuweisung von Kollektivschuld bei der Abrechnung mit der DDR hatte schon Eingang in das Bewußtsein des Bundespräsidenten gefunden. Warum sonst sah er sich zu einem solchen Plädoyer für eine Gruppe veranlaßt? Noch bemerkenswert aber, daß er als vormaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts die Kollektivschuld – im Gegensatz zu seinem juristischen Wissen und seiner Rede vom 19. Januar 1996 – nicht generell als unzulässig verurteilt.

Pauschalierung statt Differenzierung erwies sich schon unmittelbar nach der Liquidierung der DDR als geeignete Methode, das MfS als kollektiv schuldig zu kriminalisieren und es wird so auch gegenwärtig noch praktiziert.

Dokumentierende Sachverhalte und objektive Fakten, aber auch die einfache menschliche Logik, lassen die Verleumder und Demagogen außer Acht, wie sie sich an dem „Dauerbrenner“ flächendeckende Überwachung der Bürger der DDR veranschaulichen läßt. Eine operative Personenaufklärung und Überwachung, wie sie zum Beispiel bei der Enttarnung tätiger Spione notwendig war, umfaßte alle zur Verfügung stehenden operativen Mittel und Methoden wie Lauschangriff, Postkontrolle, Funkaufklärung, Beobachtung, Einsatz von Spezialisten zur Identifizierung von Handschriften und des Nachweises eingesetzt Geheimschreibverfahren sowie auch die Nutzung inoffizieller Mitarbeiter. Über Monate, überwiegend Jahre, wurden personelle und technische Kapazitäten für einen einzigen Spionagevorgang gebunden. Zeitweise konnte die Zahl der eingesetzten Mitarbeiter bei 100 oder darüber liegen. Ständig an den jeweiligen Vorgang gebunden waren minimal fünf Mitarbeiter. Multipliziert man diese Zahl mit der angeblich überwachten Bevölkerung der DDR,

wird für logisch denkende Menschen die Un Sinnigkeit der aufgestellten Behauptung deutlich. Legt man einfachere Kontrollvorgänge zu Grunde, wodurch sich die für einen Überwachungsvorgang benötigte Mitarbeiterzahl möglicherweise auf eins reduzieren läßt, so ergibt sich, daß 17 Millionen Täter 17 Millionen Opfer überwacht haben; ein Stoff für Satiriker.

Der Willy-Brand-Kreis, der sicher nicht verdächtig werden kann, auf Seiten der als Kollektivtäter kriminalisierten MfS-Mitarbeiter zu stehen, hat in seiner Erklärung vom 17. Februar 2005 zum künftigen Umgang mit den Stasiakten auf Hintergründe zu diesem Thema aufmerksam gemacht: „(So wird beispielsweise bis heute die Zahl der tatsächlich bespitzelten DDR-Bürger, die Opfer einer ‚operativen Personenkontrolle‘ wurden, geheim gehalten, weil mit ihr vermutlich das Bild von den flächendeckend kontrollierten Bürgern nicht aufrecht zu erhalten wäre)“.

Auch hier bemerkenswert, daß zu den Unterzeichnern dieser Erklärung Friedrich Schorlemmer gehört, der tatsächlich unter operativer Personenkontrolle durch das MfS stand. Unbeachtet dieser Tatsachen werden Behauptungen über einen Überwachungsstaat DDR bis in die Gegenwart lautstark wiederholt. Besonders aktiv dann, wenn in der heutigen Bundesrepublik Schlaglichter auf die weit umfassenden praktizierten Methoden der Überwachung und Einschränkung der Menschenrechte fallen. Zur Dekoration bedient man sich Bürgerrechtler, deren Anzahl um das Hunderttausendfache erhöht als Opferzahlen publiziert werden. Einen Hinweis auf reale Zahlen hat Bundespräsident Roman Herzog in seiner bereits zitierten Rede vom 23. Juni 1998 gegeben: „... Die Massenbewegung, die im Herbst 1989 zum Erfolg der friedlichen Revolution führte, stand auf den Schultern eines kleinen Kreises aktiver Oppositioneller ...“. Schlußfolgerung: Es werden also die bewegten Massen, die nicht im Fokus des MfS standen, in die Opferzahlen eingerechnet.

Ergänzt werden solche Manipulationen durch Rückgriff auf den Kreis von DDR-Bürgern, die aus unterschiedlichen Gründen die DDR auf ungesetzlichem Wege verlassen wollten und inhaftiert wurden. Sie werden ausnahmslos als Opfer der DDR und des MfS deklariert. Verschwiegen werden hierbei mehrere Aspekte. Über 92 Prozent der DDR-Bürger, die ihren Staat seit dem Bau der „Mauer“ verlassen haben, sind legal mit Genehmigung der zuständigen Behörden der DDR ausgereist. Nicht zu bestreiten ist, daß sie die Ausreisegenehmigung nicht selten durch Ausdauer und Willensstärke erstreiten mußten. Was veranlaßte weniger als acht Prozent der Ausreisewilligen ihr Vorhaben auf ungesetzlichem Wege zu realisieren? War es die Vorstellung, auf diesem Wege schneller zum Ziel zu kommen? Fühlten sie sich den Auseinandersetzungen mit den staatlichen Behörden der DDR nicht gewachsen? Es soll in „vertrauten“ Kreisen auch Mundpropaganda über wirtschaftliche Vorteile für die von der DDR „frei gekaufte“ Häftlinge in der BRD gegeben haben. Nur differenzierte Untersuchungen könnten klären, welche Motive für Versuche des ungesetzlichen Grenzübertritts im Einzelnen bestanden. Belege für einen Opferstatus werden sich schwerlich finden lassen.

Von Bedeutung ist weiterhin die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Ermittlungsverfahren wegen ungesetzlichem Grenzübertritt nicht durch das MfS, sondern durch die Deutsche

Volkspolizei bearbeitet wurde, was keine Erwähnung findet. Es würde ja die Konzepte der pauschalen Diffamierung des MfS schwächen!

Mord als Kapitalverbrechen darf selbstredend nicht im Katalog der dem MfS zugeschriebenen Verbrechen fehlen. Eingearbeitet werden zusätzlich in den Selbstmord „getriebene“ Opfer.

Eine der wohl böswilligsten Verleumdungen war in der „Berliner Morgenpost“ vom 23. März 2001 zu lesen: „... Von der Gründung bis zum Untergang der DDR waren bis zu einer Million politisch Verfolgte den Repressionen des SED-Regimes ausgesetzt. Mehr als 2.500 Häftlinge wurden in den Stasi-Gefängnissen ermordet, Tausende setzten ihrem Leben selbst ein Ende ...“.

Die intensiven, jahrelangen Untersuchungen der deutschen Justiz haben dies nicht bestätigt. Also wurde ein Gespinnst von Unterstellungen und Unwahrheiten gewebt. Häufig wird dabei der Städtische Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtnerstraße angeführt. Auf diesem als „Denkort“ gestalteten Friedhof wurden 1999 die sterblichen Überreste von 132 Verstorbenen beigesetzt, die angeblich auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS und in deren Umgebung gefunden worden seien! Auf dem Gelände der U-Haftanstalt, die im Zeitraum von 1956 bis 1960 neu erbaut wurde? Warum wurde bei den damaligen Bauarbeiten nichts gefunden? Offen blieb auch, wie „deren Umgebung“ zu definieren ist? Waren es ein, zwei, drei oder vielleicht fünf Kilometer? Auf dem Friedhof in der Gärtnerstraße hatten schon vorher Tote ihre letzte Ruhe gefunden, die nach offiziellen Verlautbarungen im damaligen in diesem Gebiet befindlichen sowjetischen Internierungslager ums Leben gekommen sein sollen.

Zweifellos hat es in den Internierungslagern Menschen gegeben, die in Folge von Krankheiten und Hunger verstorben sind. Hinzuzufügen ist, daß sich auf dem angrenzenden Gelände vor 1945 ein Außenlager des KZ Sachsenhausen befunden hat, so daß es also auch Opfer aus der Zeit des Faschismus sein könnten. Aber auch Tote in Folge der Bombenangriffe und aus den Kämpfen in den letzten Kriegstagen des 2. Weltkrieges sind möglich. Eine Untersuchung der Überreste nach Todeszeitpunkt, Todesursache usw. fand nicht statt. Die Frage nach dem Warum zu stellen ist hier wohl überflüssig! Wäre nur der Todeszeitpunkt geklärt, könnten die Gebelne der Toten nicht mehr für Unterstellungen gegen das MfS benutzt werden.

Zu den behaupteten tausend Selbstmorden eine kurze Information, die vom Leiter der für die Untersuchungshaftanstalten des MfS zuständigen Diensteinheit niedergeschrieben wurde: „In der UHA Hohenschönhausen des MfS gab es von 1951 bis 1990 sechs Selbsttötungen und in allen UHA des MfS zusammen 14 Selbsttötungen.“ Ein Vergleich: Allein von 1994 bis 2001 wurden in den Justizanstalten Berlins 52 Selbsttötungen registriert. Auf einen Jahresdurchschnitt umgerechnet eine 18 Mal höhere Selbstmordrate als in allen Untersuchungsanstalten des MfS!

Noch unbekannt dagegen sind die Zahlen der Selbsttötungen ehemaliger Bürger der DDR, welche der nach 1989 erlittenen Diffamierung, Kriminalisierung und Ausgrenzung nicht gewachsen waren. Es steht zu vermuten, daß sie erst nach Jahrzehnten bekannt werden.

Herbert Kirstein

Agrar- und Umweltinformation Krieg um Wasser

Unsere Erde weist 66 Meere und Ozeane auf. 71 Prozent der Erde ist mit Wasser bedeckt. Deshalb wird sie auch „blauer Planet“ genannt. Davon sind 97, 5 Prozent Salzwasser und 2,5 Prozent Süßwasser (zusammen 1,4 Milliarden Kubikkilometer). Eine Entsalzung des Meerwassers ist teuer und kann nicht in erforderlichen Mengen durchgeführt werden. Von den vorhandenen Süßwasservorräten wiederum befinden sich 79 Prozent als Eis gefroren an den Polkappen und 20 Prozent so tief in der Erde, daß letztendlich davon nur ein Prozent Oberflächenwasser für den Menschen nutzbar sind. Je nach Region ist die Verfügbarkeit des Wassers sehr unterschiedlich; während in Europa in der Regel Wasser in ausreichendem Maße in sauberer Qualität zur Verfügung steht, müssen viele Menschen gerade in Entwicklungsländern mit Wasserknappheit leben. Jeden Tag sterben 4.500 Kinder an den Folgen des Konsums von verunreinigtem Wasser, Wasserknappheit und mangelnder Hygiene.

Die UNESCO fordert deshalb: „Gesundes Leben und der Erhalt des Ökosystems sind nur möglich, wenn wir sauberes Trinkwasser für alle Menschen weltweit zugänglich machen.“ Ein frommer Wunsch, wie so viele, die sich im Kapitalismus nicht verwirklichen lassen. Wie sieht die Situation wirklich aus? Nachdem nun schon über 100 Jahre immer offener der imperialistische Ölkrieg mit weltweit verheerenden Auswirkungen tobt, gibt es auch die ersten Beispiele, daß sich Kriege um Wasser in ähnlicher Weise abspielen werden, wenn der Kapitalismus nicht beseitigt wird. Jüngster Beleg dafür ist die Aggression gegen Libyen.

Die „Zeit“ berichtete im September 2010: „Das Nubische Aquifer (libysche Wüste) – das größte unterirdische natürliche Frischwasservorkommen der Erde – erstreckt sich auch unter Ägypten, Tschad und dem Sudan. Mit seinem Inhalt ließe sich Deutschland gut 1.000 Meter unter Wasser setzen. Nach Kalkulationen des UN-Zentrums für Umwelt und Entwicklung für die arabische Region und Europa (Cedare) reichen die Wasservorräte bei den heutigen Entnahmeraten noch (rechnerisch) 4.860 Jahre bzw. (theoretisch) 194 Menschheits-Generationen.“

Aber nicht nur solche sogenannten „heißen Kriege“ als äußerstes Mittel der Erlangung von Zugriff auf Ressourcen spielen sich ab. Großkonzerne sind weltweit aktiv, um sich an der Verwertung der Wasserreserven zu bereichern. Sie eignen sich die Wasservorkommen der Erde auf folgende Weise an: durch Wasser-Bergbau in Gebieten mit großen Grundwasservorkommen oder durch intensive Ausbeutung der Flüsse und Ströme dieser Welt; durch das Leasen von staatlichen Wassersystemen und Abwasseraufbereitungsanlagen; durch das Managen städtischer Wassersysteme. Das ist die hinterhältige Seite der Globalisierung unter den westlichen Regierungen und kapitalistischen Unternehmen. Privatisierung bedeutet: sich das gemeinschaftliche Erbe der Natur anzuweignen, um daraus Kapital zu schlagen. Der EU-Handelskommissar Pascal Lamy stellt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung klar, daß auch die EU ihren Wassersektor liberalisieren (sprich: privatisieren) will.

Auch in Deutschland fordert vor allem die FDP ja seit Jahren weniger Staat in allen Bereichen der allgemeinen Daseinsvorsorge. Das Bundeswirtschaftsministerium ist dabei, den deutschen Wassermarkt privaten Kapitalverwertungsinteressen zu öffnen. Gleichzeitig sollen im Rahmen einer Flurbereinigung aus 6.500 Wasserwerken marktbeherrschende Wasser-Multis entstehen. Deutsche Wasserunternehmen (zum Beispiel auch RWE) sollen künftig auf dem Weltwassermarkt gegen die übermächtige Konkurrenz aus Frankreich, Großbritannien und den USA konkurrieren. Im nächsten Jahrzehnt wird der Jahresumsatz auf dem Weltwassermarkt auf 500 Milliarden US-Dollar geschätzt. Von dem Kuchen will sich die deutsche Wirtschaft ein Stück abschneiden. Die Umwandlung von Wasser in möglichst viel Geld auf einem privatisierten und liberalisierten Wassermarkt wird für Wasserkonsumenten und Ökologie teuer werden.

Es ist deshalb auch in Deutschland angesagt, wie es ja in Berlin schon passiert ist, für den Erhalt der Wasserversorgung als allgemeines Gut in staatlicher kommunaler Hand einzutreten. Letztendlich werden sich aber noch so gut gemeinte „nur Bürgerinitiativen“ (siehe auch Stuttgart 21) gegen die Kapitalherrschaft nicht durchsetzen können.

Hier bedarf es eines grundlegenden revolutionären Wechsels des Gesellschaftssystems.

Axel Schmidt (Wirtschaft und Soziales)

Bertolt Brecht

*Ich benötige keinen Grabstein,
aber wenn ihr einen für mich
benötigt, wünschte ich, es stünde
darauf: Er hat Vorschläge gemacht.
Wir haben sie angenommen.
Durch eine solche Inschrift
wären wir alle geehrt.*



Diese Inschrift wünschte sich Brecht auf seinem Grabstein. Steht sie dort? Ich weiß es nicht. Obwohl eine glühende Verehrerin von Brecht, habe ich nie seine Grabstätte besucht. Es ist wohl die Angst davor, diese Worte nicht auf seinem Grabstein zu finden.

Bertolt Brecht wurde am 10. Februar 1898 in Augsburg geboren.

Er ist nicht nur der bedeutendste deutsche Dramatiker und Lyriker des 20. Jahrhunderts, sondern auch ein genialer marxistischer Theoretiker dieser Genres, die als Literatur immer auch das Politische im Blick hat.

Brecht entwickelte und vermittelte in zahlreichen Schriften die Grundlagen seiner Theatertheorie und macht dabei deutlich, daß es nicht die Sprache der politischen Analyse und Theorie sein muß, welche die gesellschaftlichen (Un-)Verhältnisse benennt und zur Veränderung aufruft.

Das folgende Zitat macht dies sehr deutlich:

„Auf dem Theater wird gespielt. Von einer Beschreibung dieses Spiels kann man einigen Ernst erwarten, da es für die Gesellschaft wichtig sein kann. Jedoch sollte man nicht vermuten, es werde zu leicht genommen, wenn in der Beschreibung und bei der Erörterung des Technischen nicht immerfort die großen Begriffe in der Luft herumfliegen.

Zu diesem Spiel, soll es künstlerisch sein, gehören Ernst, Feuer, Heiterkeit, Wahrheitsliebe, Neugierde, Gefühl und Verantwortung.

Aber hört man echte Forscher immerfort von der Begeisterung für die Gerechtigkeit reden? Derlei halten sie für selbstverständlich.“

Mehr möchte ich nicht über ihn schreiben, da ich mir ansonsten wohl seinen Spott zuziehen würde.

Nur noch ein Gedicht von ihm sei zitiert, das uns sagt, wie Brecht war und dachte:

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn.

Er ist leicht.

*Du bist doch kein Ausbeuter,
du kannst ihn begreifen.*

*Er ist gut für dich,
erkundige dich nach ihm.*

Die Dummköpfe nennen ihn dumm

*und die Schmutzigen
nennen ihn schmutzig.*

*Er ist gegen den Schmutz
und gegen die Dummheit.*

*Die Ausbeuter nennen
ihn ein Verbrechen.*

Aber wir wissen:

Er ist das Ende der Verbrechen.

*Er ist keine Tollheit,
sondern das Ende der Tollheit.*

*Er ist nicht das Chaos,
sondern die Ordnung.*

*Er ist das Einfache,
das schwer zu machen ist.*

„Arabisches Frühlingserwachen“ – imperialistisch benutzt und ausgebeutet

Vom hegemonialen Zweck der „Ara-Bellion“ (von Dr. Frank Beckmann)

Vor ziemlich genau einem Jahr begann in Tunesien das, was in den bürgerlichen Medien der westlichen Staaten schnell mit dem Etikett vom „Arabischen Frühling“ einen klingenden Namen bekam. Aus dem Strohfeuer politischer Veränderungen, das in der arabischen Welt entstand, entwickelte sich dann erwartungsgemäß schnell das, was unmittelbar den imperialistischen Staaten nützt. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den arabischen Staaten hat die sogenannte „Ara-Bellion“ jedenfalls nicht gebracht.

Der Angriff der NATO auf Libyen, die Tötung Muammar A-Gaddafis und Tausende von zivilen Opfern als Folge der Bombenangriffe markieren eine fatale Auswirkung des als Vorwand für den imperialen Zugriff benutzten innerarabischen Konfliktes – eines Konflikts, den die westlichen Herrscher und ihre Medien als „Kampf um die Freiheit“ feierten und von dem sich viele Kommentatoren nicht entblödeten, zu spekulieren, wann denn diese „Freiheitsbewegungen“ wohl auch China erreichen würden.

Dabei ist völlig klar. Die imperialen Mächte haben kein Interesse an demokratischen Strukturen und Reformen. Sie haben vielmehr ein dezidiertes Interesse an Strukturen und Systemen, die ihren Zwecken dienen. Das ökonomisch westlich orientierte, ansonsten fundamentalistische Regime in Saudi-Arabien ist schließlich nach wie vor brutal an der Macht – auch dank tatkräftiger Unterstützung durch die deutsche Waffenindustrie. Nein, es ging im Falle Libyen nicht um „humanitäre Intervention“, sondern um das Ziel, sich mittels einer Instrumentalisierung innerstaatlicher Auseinandersetzungen der reichhaltigen Ölvorräte des Landes zu bemächtigen. Mit der Hinrichtung Gaddafis wurde letztlich revidiert, was man ihm nicht verzeihen konnte und wollte: die Aufhebung der von ihm durchgesetzten Verstaatlichung der Ölindustrie. Der Reichtum des Landes an Bodenschätzen ist jetzt, nach seinem Tod, wieder in die Einflußsphären der westlichen Monopole integriert. Das seit Jahrzehnten bewährte System von medizinischer und sozialer Versorgung sowie das Bildungssystem des Staates – in seiner Qualität unerreicht in der arabischen, geschweige denn afrikanischen Welt – hat der Westen unter Einsatz seiner Kriegsmaschine weitestgehend zerschlagen.

Zu den häßlichen Wahrheiten des „Arabischen Frühlings“ gehört auch: Nach blutigen Kämpfen haben die Ägypter den lange Zeit vom Westen umschmeichelten Machthaber Hosni Mubarak zwar gestürzt – die Lebenssituation der Menschen hat sich aber nicht zum Guten gewandelt. Im Gegenteil. Einflußreichste Macht im Staat ist jetzt, ein Jahr nach den blutigen Unruhen, die von der autoritären Militärjunta gestützte „Muslimische Bruderschaft“ mit frauenfeindlichen Leitbildern und islamischen Grundüberzeugungen. Ob es zu der versprochenen neuen Verfassung kommen wird, die die Rechte der Bürger garantiert, ist mehr als fraglich. Die fundamentalistischen Salafisten sind aus der Parlamentswahl ebenfalls als starke Kraft hervorgegangen – das wird nicht ohne Auswirkungen auf die gesellschaftliche Gestaltung des künftigen Ägypten bleiben. Die Erwartungen und Hoffnungen der politisch-revolutionären, fortschrittlichen Kräfte haben sich jedenfalls nicht erfüllt. Und die Wirtschaft rutscht in die Depression.

An der Situation der hauptsächlich jungen Leute, die vor einem Jahr in Algerien und Tunesien die Revolution getragen haben, hat sich ebenfalls so gut wie nichts gewandelt. Im Januar 2012 kam es wieder zu einer öffentlichen Selbstverbrennung eines verzweifelt Tunesiers; so hatte die „Ara-Bellion“ vor einem Jahr begonnen. Die Hoffnung auf eine Zukunft, auf ein würdevolles Auskommen durch angemessen bezahlte Arbeit hat sich als Illusion herausgestellt. Die „Festung Europa“ übt sich weiterhin in hysterischer Angst vor den Armutsflüchtlingen, die über das Mittelmeer an den südeuropäischen Stränden landen – oftmals mehr tot als lebendig, um dann in Sammellagern kaserniert und kurz oder lang zurückexpediert zu werden.

Und der Westen hat sich die nächsten Kandidaten für die „Befreiung“ längst ausgeguckt. Syrien steht natürlich schon seit geraumer Zeit auf der Liste. Das Land ist schärfsten wirtschaftlichen Sanktionen ausgesetzt, die gleichzeitig von der EU und den USA betrieben werden. Natürlich ist Syrien den Mächten, die auch in dieser Region nach Hegemonie streben, ein Dorn im Auge. Seit September vergangenen Jahres leidet der Staat nun unter den verhängten Wirtschaftssanktionen, die dem Ziel der inneren Destabilisierung des Landes dienen – so wie auch die von „Oppositionellen“ durchgeführten Anschläge. Mit „Anschlägen“ sind die militärischen

Aktionen gemeint, die sich gezielt gegen Einrichtungen der Erdöl- und Erdgasindustrie richten – sie haben mit einer angeblichen „Selbstverteidigung“ oder gar Notwehr bedrängter Oppositioneller nun rein gar nichts zu tun. Der wirtschaftliche Schaden, der angerichtet wird, ist immens und trifft natürlich in erster Linie die unter dem ökonomischen Druck immer stärker leidende Bevölkerung. Die dramatisch gesunkenen Erlöse aus dem Öl- und Gasgeschäft haben zu einem direkten Wertverlust der syrischen Währung geführt; die Inflationsrate – direktes Abbild der Kaufkraftverluste – dürfte kaum mehr zu kontrollieren sein.

Dramatische Konsequenzen für den Staat hat die Tatsache, daß sich seit November 2011 auch Staaten der Arabischen Liga (bis auf Libanon und Irak) an den Sanktionen gegen Syrien beteiligen. Der Geschäftsverkehr vieler Banken, die für die Operativität der syrischen Regierung wichtig sind, wurde eingefroren. Wirtschafts- und Geschäftsbeziehungen mit den Staaten der Arabischen Liga sind aber die ökonomische Lebensader Syriens.

Hinter all diesen Maßnahmen steckt erkennbar ein „Masterplan“ von EU und USA (mit einer willfährigen Mehrheit der Regierungen der Staaten der Arabischen Liga im Schlepptau der Flugzeugträger), Syrien systematisch zu ersticken – sprich: Zersetzungsprozesse in Gang zu setzen, die Syrien füßbar machen in die Gruppe der „gehorsamen“ Staaten im Nahen Osten. Daß dies bisher nicht gelingen konnte, liegt wohl nur daran, daß sich neben wenigen anderen Staaten Rußland und China nicht an den Sanktionen gegen Syrien beteiligen und auch die Versuche der diplomatischen Isolierung des autonomen Staates und seiner Regierung nicht mittragen. Aber der imperialistische Druck steigt.

Das zeigt sich gerade dieser Tage auch im Umgang mit dem anderen Staat in der Region, der sich beharrlich den Hegemonialmächten widersetzt. Ende Januar beschloß die EU eine Reihe von Sanktionen gegen den Iran, der sich mit dem Festhalten an seinem Atomprogramm dem Willen der USA und Westeuropas entzieht. Hier nutzt die EU mit der Verhängung eines generellen Einfuhrverbots für iranisches Öl eine mächtige Waffe; 18 Prozent des von Iran exportierten Öls gehen nach Europa, besonders nach Italien, Spanien und Griechenland. Hinzu kommen die üblichen Begleitsanktionen: Einfrieren von Vermögen, Suspendierung von Geschäftsbeziehungen zur Zentralbank, Einreiseverbote etc. Auch hier geht es offensichtlich darum, mittels systematischer ökonomischer Zermürbung den Iran zum Einlenken zu bewegen, damit der Staat sich dem Willen der Hegemonialmächte unterwirft.

Daß dies nicht nur mit „friedlichen“ Mitteln betrieben wird, zeigen die Marineoperationen in der Region. Der amerikanische Flugzeugträger Abraham Lincoln mit drei Begleitschiffen hat sich auf den Weg in den Persischen Golf gemacht und dabei die Straße von Hormuz durchquert. Dem großen Flottenverband gehören auch britische und französische Kriegsschiffe an. Hintergrund: Die Straße von Hormuz gilt mit seiner Breite von knapp 60 Kilometern als Nadelohr, das von den Öltankern durchquert werden muß, die den Rohstoff von den Raffinerien in die Zielländer transportieren. Ist die Straße von Hormuz blockiert, dann ist das ein Schlaganfall für die Weltwirtschaft; darum ist es von entscheidender Bedeutung für den Westen, diesen Verkehrsweg auch im Falle einer Eskalation frei zu halten – schon im Iran-Irak-Konflikt in den 80er Jahren war dieser Verkehrsweg von notorischer Bedeutung. Parallel zu der am Golf aufgebauten militärischen Drohkulisse wurden Kriegsschiffe mit Antiraketen-Waffen ins östliche Mittelmeer verlegt. Sie verwalten quasi einen „Schutzschirm“ für Israel, das im Falle einer militärischen Eskalation von iranischen Mittelstreckenraketen erreicht werden könnte. Währenddessen drängt Rußland die EU auf Gespräche mit der iranischen Führung.

Insgesamt muß man sagen: Im Umgang mit Syrien und Iran verschärfen die Hegemonialmächte nicht nur sukzessive den Ton, sondern auch die Maßnahmen. Dem Iran wird offen mit militärischen Maßnahmen gedroht – wie sie in der Vergangenheit auch immer wieder von Israel erwogen wurden. Die Situation ist dramatisch und wird es wohl auch bleiben. Der Imperialismus wird jedenfalls nicht nachgeben in seinem Streben, die „ungehorsamen“ Staaten im Nahen Osten seinem Willen zu unterwerfen; daß dabei die Lebensbedingungen der Menschen in den betroffenen Ländern keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen, haben uns die Entwicklungen in den Staaten des „Arabischen Frühling“ deutlich gezeigt.

Weiter mit und für Ernst Busch!

*Aufruf an
Busch-Zeitgenossen
und Zeitzeugen*

Nicht mehr nur als ein Freundeskreis, nein, auch als Ernst-Busch-Gesellschaft werden wir uns dem Leben und Wirken Ernst Buschs widmen. Überzeugt davon, daß seine künstlerische Meisterschaft, sein Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Völkerfreundschaft beispielhaft bleiben und für viele Menschen heute und in Zukunft Ansporn sein kann, Gleiches zu tun, wollen wir sein Leben möglichst umfassend aus Erinnerungen und Dokumenten aufzeichnen und zur Kenntnis bringen. Manch Eindrucksvolles haben wir schon von Zeitzeugen erfahren und aus Dokumenten entnommen (man brachte unsere Publikationen).

Wir suchen aber weiter und bitten um Ihre Unterstützung. Wer hat Ernst Buschs faszinierende Wirkung ebenso wie seinen mitunter impulsiven Charakter noch persönlich erlebt, ihn gesehen oder gesprochen und gekannt? Solche Eindrücke sollten uns nicht verloren gehen. Denken Sie nach, erinnern Sie sich, schreiben Sie auf und schreiben uns, wie er war, wie er wirkte, was er vollbrachte. Für diejenigen, die lieber erzählen möchten: wir suchen Sie gern auch zu Hause auf. Und wir wollen am 11. Mai 2012 ein Busch-Erzählcafé veranstalten (siehe unter Veranstaltungen 1. Halbjahr 2012). Wer möchte seine Erlebnisse dort erzählen? Bitte melden Sie sich, auch mit schriftlichen Berichten, bis zum 15. April 2012 bei:

Roger Reinsch, Poelchaustraße 4, 12681 Berlin,
Telefon 030/92 37 59 96 oder per E-Mail an
ernst-busch-gesellschaft@ernst-busch.net



Veranstaltungen der Ernst-Busch-Gesellschaft im 1. Halbjahr 2012

Sonnabend, 18. Februar:

Gundermann und die Lieder von Ernst Busch.

Vortrag von Alexander Neumann bei der *Gundermann-Party 2012* von *Gundermanns Seilschaft* e.V.

19.00 Uhr, Kulturfabrik Hoyerswerda,
Alte Berliner Straße 26, 02977 Hoyerswerda.

Freitag, 16. März:

„Alle Räder stehen still ...“

Jürgen Schebera stellt die CD-Edition „150 Jahre Arbeiter- und Freiheitslieder“ vor (siehe unter *Infomationen*)

19.00 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9,
10437 Berlin (S- und U-Bahnhof Schönhauser
Allee (Tram M1), Eintritt 2,00 Euro.

Freitag, 11. Mai:

Busch-Erzählcafé. Persönliche Erinnerungen an einen großen Künstler.

16.00 Uhr, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin
(zwischen den U-Bahnhöfen Strasberger Platz
und Weberwiese. Barrierefreier Zugang über die Rückseite im Durchgang Koppenstraße 33).

Freitag, 8. Juni:

Blumen für Ernst Busch zum 32. Todestag.

10.00 Uhr., Busch-Stele, Eingang des Pankower Friedhofs III, Leonhard-Frank-Straße 3,
13156 Berlin-Pankow.

Es singt der *Hans-Beimler-Chor Berlin*.

Dienstag, 19. Juni:

Neues vom alten Busch.

Helmut Heinrich präsentiert *Unerhörte Ernst-Busch-Lieder* und *gehobene Schätze aus Film- und Tonarchiven*.

10.00 Uhr, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

Aktiv werden gegen die NATO-Kriegstagung in München am 4. Februar 2012!



**Kein Frieden
mit der NATO**

**Kein Frieden
mit dem
Kriegsgeschäft**

**Großdemonstration
am 4. Februar 2012
auf dem Stachus um
13.00 Uhr in München
sowie einem Konzert
mit Konstantin Wecker
und Malalai Joya
(Afghanistan)**

**Veranstalter:
Aktionsbündnis gegen die
NATO-Sicherheitskonferenz
www.sicherheitskonferenz.de**

PRESSEMITTEILUNG

Am Rande der XVII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“ fanden sich am 14. Januar 2012 Genossinnen und Genossen sechs verschiedener kommunistischer Gruppierungen zu einem informellen treffen zusammen, um ihre Erfahrungen im politischen Kampf gegen Imperialismus und Krieg, gegen zunehmende Faschisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und für die sozialen Rechte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen auszutauschen und Wege zur Organisation ihrer Zusammenarbeit zu suchen und zu finden.

Das Treffen fand in einer aufgeschlossenen Atmosphäre statt. Es wurde beschlossen, über die Leitungen der jeweiligen Gruppierungen Formen der Koordinierung ihrer Zusammenarbeit zu entwickeln, die zur politischen Aktivierung der Kommunisten verschiedener Organisationen führen. Alle waren sich einig mit dem Ziel, daß organisierte und nichtorganisierte Kommunisten den Weg zu einer einheitlichen kommunistischen Partei auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus beschreiten wollen.

Kommunistische Initiative (Gera 2010)

Arbeit Zukunft

BUCH-EMPFEHLUNG

Auf den Spuren einer mutigen Frau

Tilde Klose war eine für ihre Zeit ungewöhnlich selbstbewußte Frau. Geboren 1892 erlebte sie die sozialen Unruhen in Paris und London mit. Hunger und Not der Menschen, die schließlich auf die Straße gingen, um für ein besseres Leben zu kämpfen, ließen Tilde Klose zu einer mutigen Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte werden. Nach der Machtergreifung des Naziregimes war Tilde Klose nicht nur in mehreren Widerstandsbewegungen in Düsseldorf aktiv, sie setzte sich als Mitglied der Gewerkschaft und der KPD furchtlos für ihre verhafteten Kollegen sowie deren Familien ein. Ins Zielfeld der Nazis geraten, ließ sich Tilde Klose weder von Nazirichtern noch von Gefängnissen und Konzentrationslagern einschüchtern. Sie kam in Haft in der Lichtenburg und anschließend ins Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie die letzten Wochen ihres Lebens verbrachte und das die letzte Station der in Solingen gebürtigen Widerstandskämpferin werden sollte, vor ihrer Ermordung in der Gaskammer. Es war dann die Gedenkstätte Ravensbrück, in der die Solinger Bürgermeisterin a. D. Ulla Feldhaus während ihres Besuches in einem Buch auf den Namen der mutigen Frau stieß. Für Tilde Klose war in Ravensbrück ihr Lebensweg zu Ende, für Ulla Feldhaus aber begann eine Reise in die Vergangenheit auf den Spuren der Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte und gegen das Naziregime. Was Ulla Feldhaus recherchierte, welche Informationen sie aus verschiedenen Archiven zusammentragen konnte, hat sie nun in der Biographie „Furchtlos – das Leben der Solingerin Tilde Klose“ veröffentlicht. Mit zahlreichen Abbildungen versehen, zeichnete sie das Bild dieser standhaften Widerstandskämpferin nach. „Furchtlos – das Leben der Solingerin Tilde Klose“ ist im custos verlag erschienen und kostet 7,90 Euro. ISBN 978-3-943195-02-6



Erhältlich über den **custos verlag e. K.**:
Van-Meenen-Straße 20, 42651 Solingen,
Telefon 0212/25 37 255, Telefax 0212/25 37 255.
Mail: custos.verlag@yahoo.de
www.custos.verlag.de

+ Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen +

Vom unklaren Nutzen des gerupften Wulffs

Die „Causa Wulff“, wie der Skandal um die offensichtlichen Verfehlungen des amtierenden Bundespräsidenten seit einigen Wochen immer wieder bezeichnet wird, geht vielen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wahrscheinlich inzwischen genauso auf die Nerven wie mir. Man mag es nicht mehr hören, man stumpft langsam aber sicher ab – und muß dennoch aufmerksam bleiben, wie mir scheint.

Fast täglich gibt es neue „Enthüllungen“, die Vorfälle betreffen, die weit zurück reichen in die Zeit, als Christian Wulff noch Ministerpräsident in Niedersachsen war. Jetzt ist die Empörung bei vielen Menschen in diesem Lande groß: Das „Amt“ des Bundespräsidenten sei durch ihn beschädigt, die „politische Klasse“ habe an Ansehen und Achtung verloren, eine „zu große Nähe“ zwischen Geldgebern und Politik habe es gegeben.

Ich frage mich allerdings: Was ist daran denn nun wirklich die neue, die aufregende Erkenntnis? Worin besteht das, was man normalerweise als „skandalon“ bezeichnet – was ist da das Ärgernis, was ist das, was Anstoß erregt? – Das „Anstoßerregende“ ist für uns Kommunisten, glaube ich, kalter Kaffee: die Einsicht nämlich, daß im bürgerlichen Staat die Interessen von Politik und Kapital nicht voneinander zu trennen sind. Überrascht uns das? Nein, natürlich nicht. Aber wir müssen Fragen stellen – das gilt auch für „Die Rote Fahne“, die sich im Falle Wulff bisher sehr zurückgehalten hat. Darum meine Frage an Euch: Habt Ihr Euch nicht auch schon überlegt, warum gerade so ein farbloser Geselle wie dieser Herr Wulff schrittweise in aller Öffentlichkeit demontiert wird?

Damit kein Mißverständnis entsteht: Ich erkenne an dieser Person nichts, was auch nur ein klein wenig Ausstrahlung hätte, keine Eigenschaft, die Glaubwürdigkeit oder Authentizität repräsentieren könnte. Moralische Kraft konnte er schon vor Bekanntwerden seiner Skandale nicht überzeugend verkörpern – und jetzt erst recht nicht mehr.

Mit seiner neuen Frau war er zwar eine Zeit lang Liebling der Regenbogenpresse, insbesondere, nachdem das Glitzerpaar von und zu Guttenberg den Medien durch widrige Umstände abhanden gekommen war. Da konnten sich die Bürgerinnen und Bürger trotzdem in der optischen Täuschung sonnen, ein bißchen weltmännisches Ambiente sei in Berlin eingekehrt. Jeder denkende Mensch wußte aber, daß dies

reine Show war – Brot und Spiele für das Volk, während die knallharte Politik von Sozialabbau und Lohnraub, von Kriegsbeteiligung und unverhohlenem Imperialismus und Hegemonialstreben in aller Ruhe fortgesetzt werden konnte.



Von so einem Bundespräsidenten, der immer dann, wenn er staatsmännisch wird, besonders tiefäugig aus der Wäsche guckt und seine ruhige Stimme noch tiefer senkt – wie ein Versicherungsvertreter kurz vor dem Abschluß der nächsten Kapitallebensversicherung für den AWD – hatte doch die „politische Klasse“ niemals ein Widerwort zu befürchten. Dieser Mann, den Frau Merkel gegen den Schreckenskandidaten Gauck durchgeboxt hatte (wofür sie sich wahrscheinlich dieser Tage die Haare rauft), hätte ihr doch niemals eine Unterschrift unter ein Gesetz verweigert. Warum, so frage ich mich, wird zugelassen, daß man ihn – diesen bügelfaltfreien Ja-Sager, der so abhängig vom Wohlwollen der Regierung ist wie keiner seiner Amtsvorgänger je zuvor – öffentlich so durchs Dorf treibt? Einen besseren nützlichen Helfershelfer auf Präsidialebene kriegt Frau Merkel doch nie wieder!

Und die Presse, gerade die aus dem Hause Springer? Welche Rolle spielt die dabei? Denkt doch mal darüber nach, warum ausgerechnet die BILD-Zeitung jetzt zum Verteidiger der Pressefreiheit hochstilisiert wird? Warum macht Springer sein fotogenstes und dabei keimfrei sauberes Politikerpärchen zum Gegenstand seiner Attacken? Cui bono, frage ich mich: Wem nützt das? Sind da Kräfte am Werk, die die Bäuerin meinen und den Esel prügeln? Will man da in Wirklichkeit der Frau Merkel ans Amt – und wählt dabei den indirekten Weg?

Daß die SPD daran schraubt, das glaube ich nicht. Die hält sich doch vornehm zurück. Die Grünen fangen erst dieser Tage an, von Rücktrittsforderungen zu sprechen. Nein, ich glaube eher, daß da Interessen aus dem rechten Lager selbst am Werke sind. Und wer mag das sein?

Ich betone nochmals, damit kein Mißverständnis entsteht: Wulff hat das, was die bürgerliche Öffentlichkeit „Würde des Amtes“ nennt, schwerstens beschädigt. Unsereins würde sagen: Es wäre erstaunlich gewesen, wenn ein Politiker seiner Farbgebung eine weiße Weste hätte. Das, was ihm vorgeworfen wird, würde mich nicht erstaunen, sollte es sich auch im Detail als begründet herausstellen. Männer wie er entlarven dieses System als das, was es ist: Marionettentheater der untersten Leistungsklasse, in diesem Fall vorgeführt von einer Laienspielschar aus der Provinz.

Doch die Frage, die ich angedeutet habe, sollten wir uns stellen: Wer von den wirklich Mächtigen in diesem Staat hat ein Interesse daran, ihn derart bloß zu stellen, daß selbst der konservativste Wähler im Lande Zweifel an dem bekommt, was die Medien in den letzten Wochen verstärkt „die politische Klasse“ nennen? Einen wichtigen Dienst tut der (noch) amtierende Präsident fast täglich: Die Diskussion um seine Person lenkt von den einschneidenden Schweinereien ab, die in dieser Republik systematisch vorbereitet und umgesetzt werden. Das ist aber wohl nicht die ganze Wahrheit. Um dieses Ablenkungsziel zu erreichen, hätte man auch einen anderen bunten Vogel öffentlichkeitswirksam rupfen können. Ich glaube eher, daß da ein politisches Ziel dahinter steckt, das mittelbar auf die derzeitige Regierung zielt. Die will man treffen, und zwar von hinten durch die Brust ins Auge. Sollte man über diese These nicht mal ein paar Minuten nachdenken?

Knuspéra

Das Trauerspiel von Afghanistan

(von Theodor Fontane)

*Der Schnee leis' stäubend vom Himmel fällt.
Ein Reiter vor Dschellalabad hält.*

*„Wer da!“ – „Ein britischer Reitersmann,
bringe Botschaft aus Afghanistan.“*

*Afghanistan! Er sprach es so matt:
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt.
Sir Robert Sale, der Kommandant,
hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.*

*Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn.
Sie setzen ihn nieder an den Kamän.
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht.
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:
„Wir waren dreizehntausend Mann,
von Kabul unser Zug begann.
Soldaten, Führer, Weib und Kind
erstarrt, erschlagen, verraten sind.
Zersprengt ist unser ganzes Heer.
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher.
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“*

*Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all';
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht.
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.
Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
so labt sie's hören, daß wir da,
stimmt an ein Lied von Heimat und Haus.
Trompeter bläst in die Nacht hinaus!“*

*Da haben sie an und wurden's nicht müd',
durch die Nacht klang es Lied um Lied.
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
dann Hochlandslieder wie Klanggesang.*

*Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
laut, wie man nur die Liebe rufen mag.
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht.
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.*

*„Die hören sollen, sie hören nichts mehr.
Vernichtet ist das ganze Heer.
Mit dreizehntausend der Zug begann,
einer kam heim aus Afghanistan.“*

In den späten 1850er Jahren schrieb der Dichter und Schriftsteller Theodor Fontane „Das Trauerspiel von Afghanistan“. Dieses von ihm verfaßte Gedicht bezieht sich auf die Schlacht von Gandamak zwischen britischen Kolonialtruppen und afghanischen Freiheitskämpfern am 13. Januar 1842 zur Zeit des Ersten Anglo-Afghanischen Krieges. Auf britischer Seite soll nur der Militärarzt Elphinstone dieses militärische Gefecht überlebt haben. Die afghanischen Freiheitskämpfer versuchten vor diesem vorerst „letzten Gefecht“ zunächst, die Briten zur Aufgabe zu überreden. Doch dies lehnten die Briten strikt ab.

Genauere Informationen von diesen kriegerischen Vorfällen erhielt Theodor Fontane dadurch, daß er in den Jahren von 1855 bis 1856 im Auftrag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Freiherr von Manteuffel erscheinende Deutsch-Englische Korrespondenz leitete. Denn dieser Freiherr war von 1856 bis 1859 Presse-Agent an der Preußischen Gesandtschaft in London. Der im November 2011 verstorbene Liedermacher und Schriftsteller Franz-Josef Degenhardt vertonte im Jahr 2008 dieses Gedicht für seine damals erscheinende CD „Dreizehnbogen“.

Zu erinnern sei daher noch, daß der derzeitige Krieg mehrerer NATO-Staaten in Afghanistan, auch unter brutaler Mitbeteiligung der Bundeswehr, ein weiteres Verbrechen des Imperialismus gegen ein Volk ist, welches sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie gegen ein willfähiges Marionettenregime in dessen Hauptstadt Kabul wehrt, das von den NATO-Staaten ausgehalten wird.

Anmerkung der Redaktion

Auseinandersetzungen im Sport zwischen DDR und BRD

Veranstaltung
am 11. Februar 2012
um 10.00 Uhr in der
„Drogenmühle“ in Heidenau,
Dresdner Straße 26.

Referent:
Werner Fritzsche
(Mitglied der
Regionalgruppe)

Newsletter Dresden Nazifrei +++ Newsletter Dresden Nazifrei

Liebe Blockiererinnen und Blockierer,

ein neues Jahr begann. Wir hoffen, Ihr seid gut ins neue Jahr gestartet. Für uns hat das neue Jahr begonnen, wie das alte aufgehört hat: Mit viel Arbeit, die wir gerne leisten. Euer Interesse ist riesig. Bis jetzt konnten wir an Euch 18.000 Plakate, 24.000 Flyer und 20.000 Aufkleber verschicken.

An dieser Stelle Euch vielen Dank für Eure Hilfe, Tausende Menschen im Februar nach Dresden zu lotsen, um den Naziaufmarsch endlich Geschichte werden zu lassen. Aus diesem Grund schauen wir weiter nach vorn.

Nicht so die sächsische Justiz, die ihre fehlgeleiteten Altlasten aus dem vergangenen Jahr weiter vor sich her trägt. Demnach hat die Polizei an ihrem Einsatz im vergangenen Februar trotz massiver Kritik weiterhin nichts zu beanstanden. Auf dieser fatalen Überzeugung beharrt der Dresdner Polizeipräsident Dieter Kroll noch immer, wie er erst im Dezember in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung bekannt gab. Er sieht die Polizei in der Opferrolle – Gewalt richtet sich auf den Februardemonstrationen ausschließlich gegen sie. Kroll holt weiterhin in einem Interview zum verbalen Gemetzel aus und spricht von bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit „geplanter, koordinierter, purer, nackter Gewalt“. Ganz in diese Logik vom Herbeireden von Gewalt paßt auch die Vorhersage einer erneuten Gewaltspirale, um im Vorfeld einen repressiven Polizeieinsatz zu legitimieren. Er nimmt schon vorweg, daß der Polizeieinsatz im Februar 2012 sowieso kritisiert werden wird und öffnet damit den Eskalationskorridor, denn er suggeriert: Egal, was die anderen sagen, wir machen unsere Arbeit gut.



Sächsische Justiz zum Zweiten: Unterstützung findet Kroll auch bei Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP). Entgegen aller Unverhältnismäßigkeiten hält er eine erneute Funkzellenabfrage (FZA) bei den Anti-Nazi-Protesten im Februar nicht für ausgeschlossen. Das äußerte er im Januar gegenüber dem MDR. Auch die bis heute ergebnislose Auswertung der Datenmassen scheint für ihn kein Hindernis darzustellen. Gleichzeitig ließ er verlauten, daß sich friedliche Demonstrationen aber „keine Gedanken“ machen sollten. Ebenso geht er offenkundig von einer Unkenntnis und vielen Fehlvorstellungen bei den Menschen aus und ignoriert dabei die hinreichende Kritik durch den sächsischen Datenschutzbeauftragten.

Fehlvorstellungen können jedem mal passieren. So fragte Martens ebenfalls: „Es wurde kein Fischernetz über die Stadt gelegt.“ Über eine

Million gesammelte Datennetze und etwa 50.000 Bestandsdaten eines kompletten Stadtviertels sagen deutlich etwas anderes aus! Bereits der Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann, der die FZA genehmigt hatte, sprach nur einen Tag später in einem Interview mit der taz von der Suche nach der Nadel „in einer ganzen Scheune“. Und obwohl er die FZA ausdrücklich als Mittel erschöpft sieht, will auch er nicht an eine Unverhältnismäßigkeit der Vorgehensweise glauben. Aber damit nicht genug der Unkenntnis: „Es wurde kein einziger Demonstrant verfolgt“, so Fleischmann. Auch sind Blockierer für ihn keine Demonstranten, sondern Störer – entgegen der Auffassung eines Bundesverfassungsgerichts.

Dies alles läßt erahnen, worauf wir uns im Februar einstellen können. Und trotzdem bleiben wir dabei: **Gemeinsam sind wir stark. Wir blockieren so lange, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!**

Fehlvorstellungen zum Zweiten: Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat erstmals bundesweit zur Unterstützung der geplanten Demonstration gegen den Naziaufmarsch im Februar aufgerufen. Gleichzeitig warf er der Dresdner Bürgerschaft vor, sich nicht konsequent genug gegen Nazis engagiert zu haben. Welch ein Hohn vom Sächsischen CDU-Vorsitzenden, dessen Partei in Dresden seit den 1990er Jahren regelmäßig Proteste gegen den Nazi-Großaufmarsch versucht hat, zu diffamieren, zu kriminalisieren und zu verhindern.

Gegen Unkenntnis setzen wir Aufklärung! Der internationale Kongreß „Ungehorsam! Disobedience!“ vom 27. bis 29. Januar hat sich intensiv in Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussionen mit den Aspekten rund um zivilen Ungehorsam und kollektiven Regelübertritt auseinandergesetzt. Vor allem stellte auch das Thema Repression, wie sie auch in Dresden noch immer angewendet und von Seiten der Justiz verharmlost wird, einen Schwerpunkt dar. Die Podiumsdiskussion „Legitime Aktionen vs. Illegitime Repression“ mit unter anderem DIE-LINKE-Politiker Bodo Ramelow, Bloggerin Anne Roth und Elke Stevens vom Komitee für Grundrechte und Demokratie beschäftigten sich mit den politischen Gegenstrategien von Justiz und Politik, aber boten auch Raum für spannende Debatten. Über Landesgrenzen hinaus geht seither der Workshop „Internationale Perspektive auf Repression und Zivilen Ungehorsam“.

Weitere Informationen findet Ihr unter:
www.ungehorsam-kongress.de

Ihr seht, es gibt viel zu tun. Seien wir also weiterhin solidarisch, lassen wir uns nicht spalten. Dies ist unsere Stärke! Es ist notwendiger denn je im Februar nach Dresden zu kommen. Diesmal müssen wir nicht nur den Naziaufmarsch verhindern, sondern auch unsere BürgerInnenrechte gegen die Angriffe des Staates verteidigen. Durch eure Solidaritätsbekundung sind wir davon überzeugt, daß wir das auch schaffen werden!

Mit solidarischen und antifaschistischen Grüßen,

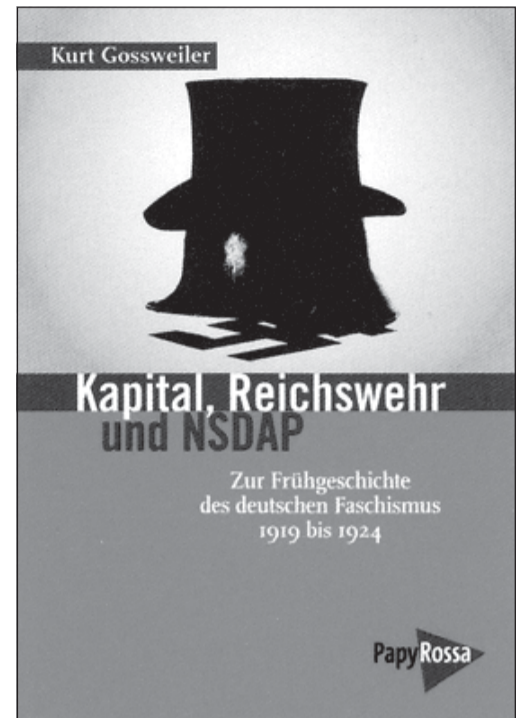
Dresden Nazifrei!

www.dresden-nazifrei.com

BUCH-EMPFEHLUNG

Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP

Zur Frühgeschichte des
deutschen Faschismus 1919 bis 1924



So eben erschienen im Paperback,
Format DIN A 5, 471 Seiten, 28,00 Euro

Mit seiner 1982 erscheinenden Arbeit erschloß Kurt Gossweiler ein enormes Quellenmaterial zum sozialen Umsprung und Charakter des deutschen Faschismus, zur Frühgeschichte der NSDAP und zu ihren Verbindungen mit maßgeblichen Kreisen in Wirtschaft, Militär und Politik. Er untersucht die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen von Faschismus allgemein und im Besonderen von dessen deutscher Variante, die sich selbst als Nationalsozialismus bezeichnete, und zeigt, aus welchen politischen und ideologischen Wurzeln sie hervorging. Ausführlich setzt sich Gossweiler mit diversen Spielarten der Hitlerlegende auseinander. Er zeichnet ein realistisches Bild der Person Hitler, ihrer politischen Funktion und Wirkung. Damit hilft er, die Frage zu beantworten, wie es der Nazi-Bewegung und ihrem „Führer“ wenige Jahre später gelingen konnte, zur Macht zu gelangen, danach Schritt für Schritt die Deutschen nahezu vollzählig hinter sich zu bringen und sie schließlich fast widerstandslos ins Verderben zu führen.

Kurt Gossweiler, Dr. sc. Dr. h.c., geboren 1917, Historiker. Bis zu seiner Emeritierung wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1988 verlieh ihm die Humboldt-Universität für seine Verdienste als Faschismusforscher die Ehrendoktorwürde.

Internationaler Frauentag am 8. März 2012 in Berlin

Die Stadtfrauenkonferenz Berlin ruft auf:
„International – mutig – kraftvoll und vereint!“

Gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Sexismus, Militarismus, Rassismus und Armut!

Für eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht!



Treffpunkt:

1. Vorbereitungstreffen
am 2. Februar 2012, 18.00 Uhr,
im Rathaus Kreuzberg,
Yorkstraße 4-11, Raum 1063.



Worldwomenconference 2012
Weltfrauenkonferenz 2012

Der Fünfte für die Fünf, zum Fünften jeden Monats



Erheben wir unsere
Stimme für die
Cuban Five
weltweit am
5. Februar 2012 von
15.00 bis 23.00 Uhr!

Weitere Informationen unter:

[http://www.fgbrdkuba.de/
termine/kalender.html#cuban-five-01](http://www.fgbrdkuba.de/termine/kalender.html#cuban-five-01)

Tagung zu neuen digitalen Schnüffelwerkzeugen

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV) lädt ein und informiert unter anderem zu Themen:

- „Das Handy als polizeiliches Werkzeug zur Strafverfolgung und Crowd Control“
- „Computergestützte Repression“
- „Digitaler Selbstschutz, Rechtsschutz, Gegenstrategien“

Die Teilnahme ist kostenfrei und die Veranstaltung findet statt am

4. Februar 2012 in Berlin
von 11.00 bis 19.00 Uhr
im Südblock,
Admiralstraße 1.

Wie der Sozialdemokrat Giuseppe Saragat 1947 in Italien die antifaschistische Einheitsregierung zu Fall brachte

Als der Politiker, der die antifaschistische Einheitsregierung in Italien im Mai 1947 zu Fall brachte, gilt allgemein ihr damaliger Ministerpräsident Alcide De Gasperi von der Democrazia Cristiana. Aber die Vorarbeit und die eigentliche Spalterrolle hatte der Sozialdemokrat Giuseppe Saragat übernommen.

Im Vorfeld des Kalten Krieges und der sich abzeichnenden Blockkonfrontation ging es den USA darum, sich Italien als ihre Einflusssphäre und Südflanke der künftigen NATO zu sichern. Sie forcierten ihr Vorgehen, als nach den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen vom März und der zur Verfassungsgebenden Versammlung vom Juni 1946 (zu deren Präsident der Kommunist Terracini gewählt wurde) sowie des gleichzeitigen Scheiterns der Monarchie im Referendum sich die reale Möglichkeit eines linken Wahlsieges bei den dann im Frühjahr 1948 stattfindenden Parlamentswahlen abzuzeichnen begann. Die US-Militärregierung beseitigte die unter den Befreiungskomitees in Norditalien durchgesetzten antifaschistischen-demokratischen Errungenschaften und unterstützte die Restauration der angeschlagenen Herrschaft des Kapitals.

Im Dezember 1946 half Washington De Gasperi, der noch über das Image eines Antifaschisten verfügte, an die Spitze der Regierung, wo er den gewünschten antikommunistischen Kurs einschlug.

Washington stellte die Weichen

Für dieses Vorgehen war die 1944 im Kampf gegen Hitlerdeutschland gebildete Einheitsregierung jedoch weiterhin das entscheidende Hindernis. Denn in ihr verfügten Kommunisten, Sozialisten und die Aktionspartei noch immer über eine Mehrheit. So inszenierte man in Washington mit Hilfe der CIA, wie 1975 einem Bericht des Mailänder „Corriere della Sera“ (vom 8. März) zu entnehmen war, die Abspaltung des auch von der Sozialistischen Internationale geforderten rechten Flügels unter Giuseppe Saragat von der Sozialistischen Partei, nachdem ihr Vorsitzender Pietro Nenni es abgelehnt hatte, das seit 1934 bestehende Aktionseinheitsabkommen mit der PCI aufzukündigen.

Zur Absprache des weiteren Vorgehens begab sich De Gasperi am 3. Januar 1947 nach Washington. Bezeichnenderweise nahm er Außenminister Nenni nicht mit auf die Reise, ein Affront, dessen Ziel anschließend deutlich wurde. Denn während des Aufenthalts des italienischen Regierungschefs wurde in Washington eine hemmungslose Kampagne gegen die Kommunisten entfesselt, die ebenso auf die mit ihnen verbündeten Sozialisten abzielte. Erzbischof Flanelly empfing den Christdemokraten De Gasperi in Anwesenheit von Kardinal Spellman in der St. Patrick's Cathedral in New York und verkündete: „Das Mittelmeer ist ein christliches Meer, das nicht durch den atheistischen Kommunismus mit seiner

tödlichen Faust rot gefärbt werden darf.“ Präsident Harry Truman forderte unmißverständlich, die Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung auszuschließen und machte das zur Bedingung für eine Wirtschaftshilfe für Italien, die später im Rahmen des Marshallplans 150 Millionen Dollar und 50 Schiffsladungen Getreide und Kohle betrug. Zeitgleich hatte Saragat mit seiner Fraktion am 12. Januar die PSI verlassen und die Partito Socialista Democrazia Italiano gebildet, die sofort einen scharfen antikommunistischen und voll auf die USA-Einmischungs politik ausgerichteten Kurs einschlug.

Nach seiner Rückkehr aus den USA trat De Gasperi am 20. Januar als Ministerpräsident zurück und provozierte damit eine Regierungskrise. Am 1. Februar bildete er eine neue Regierung, aus welcher der kommunistische Finanzminister Mauro Scoccimarro, der eine Einschränkung der Macht der Monopole gefordert hatte, und Nenni als Außenminister ausgeschlossen wurden. Mit dem Sozialdemokraten Saragat besaß De Gasperi nunmehr eine Regierungsmehrheit. PCI und PSI begingen einen schweren Fehler, in der Regierung zu verbleiben.

Die Folge war, daß De Gasperi sie bei einer erneuten Regierungsbildung am 31. Mai 1947 dann der Forderung Trumans entsprechend aus der Regierung vertrieb. Truman hatte am 12. März 1947 seine berüchtigte Doktrin der „Eindämmung des Kommunismus“ (Containment) verkündet, die den Beginn des Kalten Krieges einläutete.

De Gasperi gestand vor der Verfassungsgebenden Versammlung ziemlich unverblümt ein, daß er unter dem massiven Druck der USA handelte, indem er die Macht der USA in Italien als die einer „vierten Partei“ beschrieb, die „in der Lage ist, jede Anstrengung, die wir unternehmen, zu lähmen und vergeblich zu machen, indem sie die Kreditsabotage und die Kapitalflucht organisiert, die Preissteigerungen und die Skandalkampagnen.“ Man könnte Italien heute nicht regieren, ohne „die Repräsentanten dieser vierten Partei, die über das Geld und die ökonomische Macht verfügt, in die Regierung einbeziehen“.

Im Juni 1947 stimmte die Regierung De Gasperi dem Marshallplan zu. Im April 1949 erfolgte die Teilnahme an der NATO-Gründung und im Januar 1950 der erste Vertrag, der den USA Militärstützpunkte zur Verfügung stellte. An der Spaltung der Einheitsgewerkschaft CGIL, die im September 1949 abgeschlossen wurde und zur Bildung der katholischen UIL und sozialdemokratischen CISL führte, war, wie vorher bei der Abspaltung der Saragat-Fraktion, die CIA mit ihren Agenten in der AFL-CIO maßgeblich beteiligt. Als die PSI es weiterhin ablehnte, das Aktionseinheitsabkommen mit der PCI zu beenden, schloß die Sozialistische Internationale sie im Mai 1947 aus ihren Reihen aus.

Gerhard Feldbauer

Streit zwischen der EU und Ungarn

Unter dem Druck der EU stellte die Regierung Ungarns eine Korrektur heftig umstrittener Gesetze in Aussicht. Budapest, das eng mit Berlin kooperiert – vor allem ökonomisch sowie in Sachen völkische Außenpolitik –, betreibt seit fast zwei Jahren eine stark nationalistische Politik, die autoritär-antidemokratische Züge erkennen läßt. Die EU-Kommission hat inzwischen mehrere Vertragsverletzungen gegen Ungarn eingeleitet, um die Rücknahme bestimmter Maßnahmen zu erzwingen. Man wolle „Zweifel“ am „Respekt“ des Landes „für demokratische Prinzipien und Werte“ ausräumen, erklärte der EU-Kommissionspräsident. Unter Regelungen, die Budapest nun ändern muß, finden sich Bestimmungen über die Nationalbank, über das Pensionsalter für Richter sowie über den Datenschutzbeauftragten. Nur unverbindlich angemahnt wurden Verbesserungen des Mediengesetzes, das die Pressefreiheit spürbar einschränkt. Keinerlei Kritik übt die EU an der völkischen ungarischen Politik, die sich in ihren Grundzügen an von Deutschland geübte Praktiken anlehnt und diese nur ein wenig radikalisiert. Sowohl aggressive „Volksgruppen“-Politik in den Nachbarstaaten wie die Kooperation der Regierungspartei Fidesz mit offenem Antisemitismus bleiben unbeanstand.

Unter Protest der Regierung in Budapest hat die EU-Kommission am 17. Januar mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn in die Wege geleitet. Sie beziehen sich auf die zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene neue ungarische Verfassung, die bereits im vergangenen Jahr vor ihrer Verabschiedung auf entschiedene Kritik gestoßen war, besonders in Anbetracht ihrer

völkisch-antidemokratischen Züge. Brüssel will verhindern, daß über Budapest weiterhin der Schatten des Zweifels an Respekt für demokratische Prinzipien und Werte hängt, wie sich EU-Kommissionspräsident Barroso über das Motiv für die Vertragsverletzungsverfahren äußerte, die darauf basieren, daß eine Reihe von Verfassungsbestimmungen nicht mit EU-Recht vereinbar sind. Allerdings beschränken sich die Verfahren, denen Rechnung tragen zu wollen, wie Ungarns Ministerpräsident Orbán am 18. Januar angekündigt hat, weitgehend auf die Bereiche Finanzen und Justiz.

So wendet sich besonders Brüssel gegen die neuen Bestimmungen über die Nationalbank in Ungarn. Deren formelle Unabhängigkeit sei nicht mehr gewährleistet, etwa, weil der Finanzminister an den Sitzungen des Geldpolitischen Rates der Bank teilnehmen dürfe und das Parlament die Entlassung des Präsidenten vorschlagen könne. Auch werde die Unabhängigkeit der Nationalbank wohlmöglich eingeschränkt durch die Tatsache, daß ihr Präsident nur stellvertretender Vorsitzender in einer neu zu schaffenden Behörde sein wird, in der Budapest künftig die Notenbank und die Finanzaufsicht zusammenlegen dürfe. Weiterhin bemängelt die EU-Kommission, daß die neue Verfassung für die Justiz Vorkehrungen trifft, die als Senkung des Renteneintrittsalters firmieren, der Regierung aber faktisch die Möglichkeit geben, unliebsame Richter frühzeitig in Pension zu schicken. Es stehen ohnehin noch weitere Vertragsverletzungsverfahren an.

Info: *german-foreign-policy*

Kalendarium – Februar

Februar 1848: In London erscheint das „Kommunistische Manifest“.

Februar 1907: Karl Liebknecht veröffentlicht die Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung.

Februar 1917: Februarrevolution in Rußland.

Februar 1919: Gründung des Völkerbundes. Organisation der imperialistischen Großmächte zur Festigung des imperialistischen Nachkriegs-systems und zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung der Völker.

01.02.1934: John Scheer wird in der Nacht auf den 2. Februar ermordet.

01.02.1949: Max Reimann wird von einem britischen Militärgericht verurteilt.

02.02.1943: Stalingrader Schlacht beendet. Es tritt die Wende im Großen Vaterländischen Krieg für den sowjetischen Sieg über die Hitlerarmee ein – deren 6. Armee kapituliert.

03.02.1930: Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams.

04. bis
11.02.1945: Konferenz der drei Großmächte in Jalta.

06.02.1919: Die deutsche Nationalversammlung tritt in Weimar zusammen.

07.02.1933: Letzte Tagung des ZK der KPD im Sporthaus Ziegenhals unter Teilnahme von Ernst Thälmann.

08.02.1950: Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

10.02.1960: Die Volkskammer der DDR beschließt nach Bekanntwerden von Plänen für einen Überraschungsangriff der Bundeswehr der BRD den Nationalen Verteidigungsrat der DDR und den ständigen Ausschuß der Volkskammer für Nationale Verteidigung zu schaffen.

12.02.1947: Die erste Ausgabe der Zeitung *junge Welt* erscheint.

13. bis
14.02.1960: Zerstörung der Kunststadt Dresden durch anglo-amerikanische Bomberverbände. Es gibt 35.000 Tote und viele Flüchtlinge.

20.02.1914: Rosa Luxemburg wird zu einem Jahr Haft wegen des Aufrufs gegen Militarismus und Krieg verurteilt.

22. bis
23.02.1947: Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

23.02.1918: Gründung der „Roten Armee“ (Tag der Roten Armee).

23.02.1918: Sieg der „Roten Armee“ bei Narva und Pskow gegen die imperialistische Invasion in der jungen Sowjetunion.

23.02.1933: Schließung des Karl-Liebknecht-Hauses durch die Polizei von Göring.

23.02.1933: Letzte große Kundgebung der KPD, auf der Wilhelm Pieck gegen die Anschuldigungen der Nazis auftritt, „Attentate und individuellen Terror zu begehen“. Eindringlich ruft er zur kämpferischen Arbeitereinheit gegen den Faschismus auf.

23.02.1942: Im Tagesbefehl zum Tag der „Roten Armee“ erläßt der Oberbefehlshaber, Generalissimus Stalin, die Erklärung zum deutschen Volk: „... die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.“

24.02.1902: Herbert Warnke geboren.

27.02.1933: Die Nazis stecken den Reichstag in Brand und lösen damit Massenverhaftungen aus.

27.02.1933: Ernst Thälmann bietet im Namen der KPD in einem offenen Brief allen Proletariern „die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfbündnis gegen den Faschismus“.

27.02.1933: Die KPD-Zeitung „Rote Fahne“ erscheint mit der letzten Ausgabe.

Kontaktadressen der KPD

- Zentralkomitee der KPD
- Redaktion „Die Rote Fahne“, PPI Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“

- KPD-Landesorganisation Berlin Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon 030/9821930
Fax 030/97896669
E-mail: post@k-p-d.org

- KPD-Landesorganisation Brandenburg KPD-Regionalorganisation Barnim/Märkisch-Oderland
- KPD-Regionalorganisation Frankfurt/Oder
Cornelia Noack
Telefon 03366/20812

- KPD-Landesorganisation Thüringen
- KPD-Regionalorganisation Erfurt
- KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland
c/o Torsten Schöwitz
Postfach 800505
99031 Erfurt
Telefon 0173-6386152

- KPD-Landesorganisation Sachsen
- KPD-Regionalorganisation Oberlausitz
c/o Jürg Hebestreit
Telefon 03583/690745

- KPD-Regionalorganisation Dresden
c/o Michael Junghans
Königsteiner Straße 6
01824 Rosenthal

- KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland
Günther Schulze
Telefon 0341/2328144

- KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt
- KPD-Regionalorganisation Zeitz
Siegfried Kutschick
Gutenbergsstraße 20
06712 Zeitz
Telefon 0163-3505272
E-mail: Siegfried.Kutschick@gmx.de

- KPD-Regionalorganisation Halle/Bernburg
c/o Wilhelm Deistel
Steinstraße 54
06406 Bernburg
E-Mail: linksruck@freenet.de

- KPD-Regionalorganisation Magdeburg über Landesorganisation Sachsen-Anhalt

- KPD-Landesorganisation Niedersachsen Jörg Lorenz
Husarenstraße 39
30163 Hannover
Telefon 0179-5473578

- KPD-Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern
KPD-Regionalorganisation Rostock und Umland
Lothar Piechowski
Klein-Lehmhagensdorfstraße 31
18507 Grimmen
Telefon 0160-8214528
oder 0162-1562099

- KPD Augsburg und Umland
Herbert Settele
Brückenstraße 25½
86153 Augsburg

Filmabend

am 24. Februar
2012 ab 15.00 Uhr
in der
Jugendbibliothek Gera



Wir freuen uns auf euren Besuch!

Jugendbibliothek Gera
Werner-Petzold-Straße 17
07549 Gera
Telefon 0365/2058375
Mail: buch-gera@web.de

Web:
www.jugendbibliothek-gera.7to.de

Impressum: Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383

Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.

Chefredakteur: Arthur Müller, V.i.S.d.P.

Der Redaktion gehören an: Dr. Frank Beckmann (stellvertretender Chefredakteur), Werner Schlee, Eva Kolowrat, Wilhelm Deistel, Iris Harnack, Jörg Sandrock.

Versand: Wolfgang Vogl.

Redaktionsanschrift: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Telefon: 030/9821930. Fax: 030/97896669.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse – Konto-Nr.: 1813061463, Bankleitzahl: 10050000.

Druck: Druckhaus Zeitz, An der Forststraße, 06712 Zeitz.

Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Partei beim Bundeswahlleiter registriert. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Internet-Homepage: www.dr.f.k-p-d.org

E-Mail: info.dr.f.k-p-d.org
post.dr.f.k-p-d.org

Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ Februar 2012: 15. Januar 2012.

Kommunistische Partei Deutschlands

Ich möchte die „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 25,00 Euro beziehen.

Ich möchte die „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 35,00 Euro beziehen.

Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto

füge ich in Briefmarken bei.

Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Name Vorname

Straße

PLZ Wohnort Telefon/Fax



Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Februar Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD
und Redaktion DRF

Naturschutz: gestern - heute - morgen

Zu aktuellen Problemen des Naturschutzes in der BRD und den Erfahrungen unter sozialistischen Produktionsverhältnissen in der DDR (von Daniel Junker)

Mensch und Natur (letzter Teil)

Erfahrungen und Ergebnisse des Naturschutzes in der DDR

Der heutzutage auch schon inflationäre Gebrauch des Begriffes „Nachhaltigkeit“ stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft, da hier die Erträge nicht nach Monaten, sondern nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten gerechnet werden. Diese Prinzipien der Nachhaltigkeit wurden allerdings in Deutschland ab 1933 nicht mehr respektiert, da die faschistische Kriegsindustrie die Wälder gnadenlos abholzte. Auch in den Nachkriegsjahren war der Holzbedarf für den Wiederaufbau und als Brennmaterial sehr hoch. Durch die intensive Nutzung hat sich der Holzvorrat in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg von ursprünglich 180 Kubikmeter pro Hektar auf 115 Kubikmeter pro Hektar im Jahre 1956 verringert. Um dem Wald die Möglichkeit zur Regeneration zu geben, wurde eine Begrenzung der Holzeinschläge auf teilweise sieben Millionen Kubikmeter jährlich vorgenommen. Dabei mußte die Fehlmenge für den Bedarf der Volkswirtschaft der DDR aus Holzimporten gedeckt werden. Bis 1989 stieg der Holzvorrat in unseren Wäldern so wieder auf 190 Kubikmeter pro Hektar. Eine gewaltige Leistung! Natürlich wurde dafür anfänglich auf schnell wachsende Nadelbäume zurückgegriffen, die zu den bekannten Fichten- oder Kiefernreinbeständen („Monokulturen“) führten. In zunehmendem Maße wurden allerdings auch mit Laubbäumen aufgeforstet, die neben den wirtschaftlichen auch landskulturelle Forderungen erfüllten.

Verantwortung für die Naturschutzarbeit auch auf internationaler Ebene

Daß sich der Naturschutz nicht nur auf die nationale Ebene reduzieren läßt, wurde auch in der DDR klar erkannt. Innerhalb des RGW arbeitete die DDR an der Verwirklichung verschiedener internationaler Programme zum Naturschutz. Auch in einer Reihe von Spezialorganisationen der UNO betrachtete die DDR ihr Wirken als Möglichkeit, zur Lösung globaler und regionaler Umweltprobleme beizutragen. So wurde beispielsweise auf dem gesamteuropäischen Umweltkongreß in Genf vom Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR ein Protokoll unterzeichnet, das die DDR verpflichtete, die Schwefelemissionen bis 1993 im Vergleich zu 1980 um 30 Prozent zu senken.

Bei der Verwirklichung des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen UNEP war die DDR seit dessen Schaffung aktiv tätig. Im Auftrag des UNEP und der UNESCO organisierte sie über das Zentrum der Umweltgestaltung seit 1977 an der Technischen Universität Dresden Kurse zur postgradualen Weiterbildung leitender Umweltschutzspezialisten aus den Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Im Rahmen des UNESCO-Programms „Mensch und Biosphäre“ (MAB – man and biosphere) nahm sie an verschiedenen Projekten teil, in denen unter anderem die Erfahrungen bei der Wiederbarmachung von Bergbaufolgelandschaften weitergegeben wurden. Weiterhin war die DDR am Projekt „Biosphärenreservate und ihr genetisches Material“ des MAB-Programms der UNESCO beteiligt.

Zusammenfassung:

Die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, daß der Naturschutz in der DDR nicht nur auf dem Papier stand. In den 40 Jahren unter sozialistischen Produktionsverhältnissen wurden auch auf diesem Gebiet großartige Leistungen vollbracht. Die dabei deutlich erkennbare enge Verflechtung von Naturschutz, Industrie, Forst- und Landwirtschaft ist eine Gesetzmäßigkeit im Sozialismus. Nur durch die planmäßige und allseitige ökonomische Entwicklung unter sozialistischen Produktionsverhältnissen wird die Grundlage für eine Verankerung des Naturschutzes in allen volkswirtschaftlichen Bereichen gelegt. Daß die Ergebnisse auf dem Gebiet des Naturschutzes in der DDR zur Lösung der bestehenden Probleme dabei natürlich noch nicht ausreichend waren, wissen wir selbst am besten.

Diejenigen, die sich heute anmaßen, über unsere Geschichte und die Ergebnisse unserer Arbeit zu richten, tun gut daran, erst einmal die von ihnen selbst verursachten Umweltprobleme zu lösen. Und dennoch ist gerade heute die Lösung der Umweltprobleme zu einer überlebenswichtigen Aufgabe geworden, der sich jeder einzelne von uns stellen muß. Die Bedingungen hierfür entstehen allerdings erst unter sozialistischen Produktionsverhältnissen. Der Kampf für Frieden und Sozialismus ist der Kampf für das Überleben der Menschheit!

Gedanken zum Monat Februar

Unter den zwölf „Jahresbrüdern“ ist der zweite Monat der „Kleinste“. Mit seinen 28 oder 29 Tagen erreicht er die „Langen Kerls“ mit ihren 30 oder 31 Tagen nicht. Aber gewichtig ist der „Kleine“ auch in diesem Jahr. „Trotz alledem!“

Am 23. Februar 1918 ist der Gründungstag der „Roten Armee“. Erstmals in der Geschichte war eine Armee geschaffen worden, die nicht den Interessen des privaten Unternehmertums diente. Sie wurde zu **der militärischen Macht der Arbeiterklasse, die in großen Schlachten überlegen waren!** Im Kessel von Stalingrad kapitulierten die am 2. Februar 1943 die 6. Deutsche Armee. Diese 330.000 Mann starke Vorzeigearmee hatte 206.000 Tote zu beklagen, 34.000 Schwerverletzte waren aus dem Kessel ausgeflogen worden und 90.000 kranke, halb verhungerte Soldaten begaben sich in Gefangenschaft, in der sie nichts zu erwarten konnten als das, was ihnen vorher zu verbüßen befohlen wurde. Aus Anlaß des Jahrestages der „Roten Armee“ erteilte Stalin als Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte am 23. Februar 1942 den Armeebefehl Nummer 55 für die Haltung dem deutschen Volk gegenüber. In der Weisung heißt es unter anderem: „Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Diese Worte Stalins an die Armeen der sozialistischen Sowjetunion zeigen deutlich den Unterschied, den er zwischen der deutschen Bevölkerung, der Arbeiterklasse im Besonderen und den fanatischen Vertretern des deutschen Faschismus, dessen Wirtschaft und Militarismus macht. Vielen Sowjetmännern dürfte es nicht leicht gefallen sein, sich an diese Weisung zu halten. Zu groß waren die deutschen Verbrechen am Sowjetvolk, zu ungeheuerlich der materielle Schaden, zu groß die deutsche Brutalität im Wahn an die zur Weltmacht zu gelangen, für den sie die Politik der verbrannten Erde durchsetzten.

Führende Vertreter der Konzerne, Banken, der Großgrundbesitzer sowie der Reichsverband der Deutschen Industrie hatten im imperialistischen Staat das Sagen. Sie beauftragten den greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, Hitler zum deutschen Reichskanzler zu ernennen. Im Auftrag des Kaptials begann am 30. Januar 1933 mit der Machtübergabe an Hitler der Krieg, die Diktatur im eigenen Land gegen die „Andersdenkenden!“

Mit dem inszenierten Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 begann die Jagd auf Kommunisten, die Verfolgung der SPD-Mitglieder, der Gewerkschaften und aller Parteien und Organisationen durch die alles beherrschende imperialistische Diktatur. Sie war seither dafür zuständig, jeden Widerstand, jede andere politische Auffassung des Volks zu brechen oder vernichten zu lassen. Hat sich das in der sogenannten „freien westlichen Welt“ bis heute geändert??

Ernst Thälmann nahm am 7. Februar 1933 an der letzten Tagung des ZK der KPD im Sporthaus Ziegenhals in Zeuthen teil. In seinem Referat verwies er besonders auf die verhängnisvolle Rolle der SPD- und Gewerkschaftsführer, die ein breites und gemeinsames Bündnis gegen

die Naziherrschaft verhindert hatten. Er forderte dazu auf, in den Anstrengungen nicht nachzulassen, eine Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schaffen und die Kampffront gegen den Faschismus zu stärken!

Werfen wir noch einen Blick auf einige aktuelle Ereignisse. Im Dezember 2011 tagte ein Parteitag der angeschlagenen SPD, auf dem die Mitglieder „kämpferisch“ auf Kurs gebracht werden sollten. Abschließend charakterisierte der „Alte“ und „Neue“ Parteivorsitzende Gabriel im Kreis seiner Mitstreiter Steinmeier und Steinbrück: „Die SPD ist eine Partei der Mitte-links.“ Recht hat der Mann! Mit einigem guten Willen kann man das „Sozial“ im Parteinamen noch als „behutsames links blinken“ verstehen, während der andere Teil, die „Mitte“, bereits rechts abgebogen ist und sich mit dem alles beherrschenden Imperialismus freundlich auf Du und Du gestellt hat.

Großbanken „brachen zusammen“. Wie ist das nur möglich, haben sie im Größenwahn die Übersicht verloren? Staatsbankrott durch Privatisierung?

Die EU-Staaten benötigen plötzlich einen Rettungsschirm. Eine Schuldenbremse muß her! Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien – da knirscht es im Gebälk der EU. Verzweifelte Anstrengungen unternimmt die „westliche Welt“ zur Rettung der EU und seiner Währung! Wozu brauchen wir dieses Gebilde eigentlich? „Ein Gespenst geht um in Europa“ und eiligt haben sich alle Kräfte der „heiligen imperialistisch-europäischen Welt“ zu einer Allianz zusammengeschlossen, um sich vor der Herrschaft der Arbeiterklasse, vor der wahren Demokratie zu verschanzten. Mit NATO, Polizei, Geheimdiensten und diktatorisch-juristischen Regeln und Maßnahmen sind viele staatliche Eigenständigkeiten europäischer Länder bereits aufgehoben. Uneingeschränkt ist aber der Export von Kriegswaffen aus Deutschland. In dieser Disziplin nimmt Deutschland den dritten Platz in der Welt ein! Und Kriege führen wir auch wieder – Gott sei es gedankt und den westlichen Siegermächten des 2. Weltkrieges, die es uns erlauben, in ihrem Schoße geborgen, entgegen dem auch von ihnen unterzeichneten „Potsdamer Abkommens“, wieder militärische Heldentote zu produzieren.

Lassen wir abschließend Brecht sprechen in der Hoffnung, ihn mögen wenigstens einige Menschen verstehen:

Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, daß es Krieg gibt.

Wenn die die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle schon ausgeschrieben.

Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht, daß ihr Feind an der Spitze marschiert.

Die Stimme, die sie kommandiert, ist die Stimme des Feindes.

Der vom Feind spricht, ist selbst der Feind!

Klaus Weber

Die Einheit von Politik und Philosophie im Kampf für den Kommunismus

Eine Veranstaltung für Hans Heinz Holz

Eröffnung

Rainer Perschewski, Vorsitzender der Landesorganisation Berlin der DKP.

Ein Unentbehrlicher fehlt uns

Patrik Köbele, Essen, Stellvertretender Vorsitzender der DKP.

I. Hauptreferat: Der Leninismus im Denken von Hans Heinz Holz

Dr. Hans-Peter Brenner, Bonn, Mitglied des Parteivorstandes der DKP

Im Kampf für eine starke Kommunistische Partei

Prof. Dr. Wolfram Triller, Dresden

Über den Publizisten Hans Heinz Holz
Dr. Martin Balzer, Marburg

II. Hauptreferat: Die Einheit von Philosophie und Politik im Denken von Hans Heinz Holz

Prof. Dr. Domenico Losurdo, Urbino

Einheit und Widerspruch

Dr. Arnold Schölzel, Berlin

Diskussion

Um Anmeldung wird gebeten unter:
info@d-kp-berlin.info

Schlußworte

Der Genosse und Freund Klaus Steiniger, Berlin

Einführung in die Philosophie (Auszug)

Hans Heinz Holz in einem Videobeitrag

25. Februar 2012, 10.00 Uhr, Altes ND-Gebäude, Münzenbergsaal, 10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Unkostenbeitrag: 5,00 Euro

Veranstalter:

Deutsche Kommunistische Partei, Landesorganisation Berlin,
Deutsche Kommunistische Partei, Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen,
Tageszeitung „junge Welt“ und die Zeitschrift „RotFuchs“.

Seminar in Zusammenarbeit mit der IG niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen unter dem Titel:

„Begegnungen mit Menschen und Tatorten von 1933 bis 1945“

vom 17. bis 19. Februar 2012 in Papenburg, Historisch-Ökologische Bildungsstätte (HÖB).

Weitere Informationen unter: www.diz-emslandlager.de